

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.

Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate

pro vierpaltige Beilage 60 Pf., Stellengesuche 40 Pf., für Werbungsmitglieder 40 Pf., Verammlungsanzeigen zc. 20 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 31.

Berlin, den 27. Juli 1912.

28. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Berichtskarten für das Kaiserl. Stat. Amt sind in diesen Tagen an die Bevollmächtigten der Gaue sowie an die Passierer der Bahnhöfe versandt worden. Sollte die Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um sofortige Mitteilung, damit Nachlieferung erfolgen kann.

Als Stichtag für die Zahlung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 27. Juli in Betracht. Die Ausfüllung der Berichtskarten darf daher nicht vor diesem Tage, sondern erst nach dem 27. Juli erfolgen, und sind dieselben dann sofort an uns einzuliefern. Berichtskarten, die nicht spätestens am 8. August bei uns eintreffen, können für die Zusammenstellung nicht mehr verwendet werden.

2. Die Erhöhung der Lokalbeiträge ist von den Bahnhöfen Duisburg und Grimma beschlossen und unsererseits genehmigt worden. Der wöchentliche Lokalbeitrag wird demnach ab 1. Juli in Duisburg 10 Pf. und in Grimma 5 Pf. betragen.

3. Für die anlässlich des Streiks in Hannover, Eisenberg und Rathenow im Jahre 1910 Ausgeschlossenen hat der Verbandsvorstand im Einverständnis mit den betreffenden Ortsverwaltungen eine allgemeine Amnestie erlassen. Es können somit die damals Ausgeschlossenen wieder in den Verband aufgenommen werden.

Ausgenommen hiervon sind in Hannover:

Fritz Bucherpennig aus Hannover,  
August Weidemüller aus Elberfeld,  
Theodor Page aus Hannover,  
Heinrich v. d. Heide aus Zeber,  
Georg Meyer aus Hannover;

in Rathenow:

Gustav Czchorra aus Kamionken,  
Josepha Czchorra aus Schroda.

Der Verbandsvorstand.

## Gewerkschaftliche Solidarität.

I.

Er tief in der menschlichen Natur begründet liegt das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Menschen untereinander, das Solidaritätsgefühl. Aus ihm, wie aus einer Quelle, entspringt das solidarische Handeln, das wir zu allen Zeiten, in Vergangenheit und Gegenwart, unter den Angehörigen derselben Gruppe beobachten. Dieser Solidarismus, die Erscheinungsform der Interessensolidarität im Innern eines menschlichen Gemeinwesens, bildet das Gegengewicht zu dem unerbittlichen Kampfe aller gegen alle, den die Menschen seit Jahrtausenden führen. Er ist die Zentripetalkraft, die die Menschen zu einem gemeinsamen Mittelpunkt hin treibt, während der Egoismus, das Eintreten für das persönliche Interesse, die Zentrifugalkraft ist, die die Menschen auseinander und gegeneinander treibt.

Der menschliche Daseinskampf ist ein Doppelkampf: er richtet sich einerseits gegen die feindlichen Naturgewalten, wie Blitze, Erdbeben, Feuerbrünste,

Ueberschwemmungen, wilde Tiere usw., und andererseits ist er ein Kampf der Mitbewerber untereinander, ein Kampf um die Futtertruppe oder den besten Weideplatz. Wenn man die Entwicklung der Menschheit und das Wesen der Menschennatur verstehen will, so muß man diese beiden Formen des menschlichen Daseinskampfes scharf auseinanderhalten.

Die erste Form des Daseinskampfes erzeugte und entwickelte in den Menschen das Solidaritätsgefühl, das Bewußtsein und die Ueberzeugung, daß nur durch ein festes Zusammenhalten aller Glieder einer menschlichen Gemeinschaft, nur durch ein Schutz- und Trutzbündnis zum Zwecke der gegenseitigen Hilfe in allen Wechselfällen des Lebens die Menschen der Urzeit in Stande waren, den Kampf mit der Natur siegreich zu bestehen. Wie wäre es ihnen wohl sonst möglich gewesen, sich gegen die Zerstörungswut der Elemente, die das Gebilde der Menschenhand haften, und gegen die Angriffsflut der vorzintflutlichen Riesentiere, deren Ueberreste uns noch heute in Erstaunen setzen, erfolgreich zu schützen, wenn sie sich nicht zusammengeschlossen und eine mächtige Phalanx gegen die Feinde ringsum gebildet hätten! Da darf es uns nicht wundern, daß schon in den frühesten Zeiten der Menschheit die sozialen Triebe, die Gemeinheitsinstinkte, förmlich gezüchtet wurden.

Die zweite Form des Daseinskampfes weckte im Menschen das Persönlichkeitsgefühl, das Bewußtsein des Eigeninteresses und des eigenen Willens. Es bildeten sich die antisozialen Triebe, die sich auf Kosten der Allgemeinheit, gegen den Widerstand der anderen Menschen durchsetzen wollen. Das persönliche Interesse trat in den Vordergrund und verdunkelte das Gemeininteresse. Aber auch hier machte sich bald im Menschenreiche der Drang zum Solidarismus bemerkbar. Die Menschen lernten, daß ein Einzelkampf völlig aussichtslos war und daß ein Zusammenfassen der Kräfte, also der Gruppenkampf, viel bessere Erfolge versprach. Und sie sahen auch, daß der einzelne im Daseinskampfe aufgegeben und vernichtet wird, wenn es ihm nicht gelingt, an einer sozialen Einheit Stütze und Rückhalt zu finden. So zeigt sich denn dem Beobachter, daß der Kampf ums Dasein, der der Menschheitsgeschichte den Stempel aufdrückt, mit Naturnotwendigkeit zum Solidarismus führt.

Schon in den Anfängen der Menschheit finden wir die Menschen in Gruppen vereinigt, weshalb man annehmen muß, daß sie nicht einzeln, sondern gruppenweise aus dem tierischen oder halbtierischen Zustande ins menschliche Dasein getreten sind. In einer solchen Gruppe, der einfachen Menschenhorde, gab es Unterschiede natürlicher Art, Unterschiede des Alters, des Geschlechts, der Veranlagung, aber es gab keine Gegensätze wirtschaftlicher, sozialer und rechtlicher Art. Eine Gruppe bildete eine gleichartige Masse, in der der Grundsatz: „Einer für alle und alle für einen!“ galt und in der alle Glieder wie Kopf und Schwanz zusammenhielten. Wer diesen Grundsatz verletzte, der wurde aus der Gemeinschaft ausgestoßen. Der gemeinsame Boden, dem sie entsprossen waren, schwebete sie zu einer Einheit zusammen, und der gemeinsame Kampf ums Dasein, den sie zu führen hatten, zwang sie zu einem solidarischen Handeln. Schon das Wort „solidarisch“, das aus dem Lateinischen stammt und eigentlich

bodenständig bedeutet, weist auf den Zusammenhalt der demselben Boden entsprossenen Menschen hin.

Dieser Solidarismus herrschte aber ursprünglich nur innerhalb einer und derselben Horde, denn alle Menschen, die außerhalb der Gruppengemeinschaft standen, wurden bis zur Vernichtung bekämpft. Fremd und feindlich war der gleiche Begriff, wie uns die Sprachforschung lehrt. In dem Angehörigen der eigenen Gruppe erblickte man den Freund und Bruder, während der Angehörige einer fremden Gruppe als Todfeind betrachtet wurde. Darum war jede Schädigung fremden Eigentums und fremden Lebens erlaubt, aber gegen die eigenen Genossen war man zur Solidarität verpflichtet. Wer einen Fremdling beraubte oder betrog oder wer ihn gar tötete, wurde als Held gefeiert, wer aber einen Gruppengenossen schädigte oder verletzte, war ein Verbrecher, der den Tod verdiente. Die Fremden wurden unerbittlich ausgerottet, und die Forderung, daß man seine Feinde lieben solle, wäre den Urmenschen als eine Lächerlichkeit erschienen. Dagegen mußte man für die Seinen jedes Opfer bringen und den letzten Blutstropfen hergeben.

So bildete sich ganz von selbst in der ursprünglichen Menschenhorde eine Doppelmoral: „Liebe deine Genossen und hasse die Fremden!“ und nur vom Standpunkte dieser doppelten Moral aus kann man das Verhalten der früheren Menschen verstehen. Aber auch heute hat sich diese zwiespältige Moral noch nicht überlebt, denn auch heutzutage noch gilt es als ein schlimmeres Verbrechen, seinen eigenen Genossen zu schädigen, als einen wildfremden Menschen. Die Herden-solidarität wirkt noch nach durch die Jahrtausende: die Mitglieder einer Räuberbande, die mit der ganzen Welt im Kampfe liegen, halten sich untereinander die Treue, die Insassen eines Zuchthauses, die der Menschheit da draußen den Krieg erklärt haben, sind gegeneinander von der rührendsten Aufopferung, eine Gruppe wandernder Handwerksburgen macht sich kein Gewissen daraus, einen Bauern zu bestehlen, aber untereinander sind sie ehrliche Leute, die es als eine Gemeinheit betrachten, wenn einer den andern bestehlen wollte.

Im Laufe der Zeit schlossen sich die einfachen Menschenhorde zu Völkern zusammen, und nun bildete sich das Stammbewußtsein und die Solidarität der Stammesgenossen. Zu der Gemeinlichkeit des Bodens, dem sie entstammten, kam noch die Gemeinlichkeit der Sprache, der Religion, der Sitten und Gebräuche; auch die Gemeinlichkeit der Schicksale, die sie durchzumachen hatten, kettete die Menschen aneinander. Hieraus erwuchs eine gegenseitige Zuneigung, die trotz aller inneren Zwistigkeiten und Meibereien niemals ganz ausgelöscht wurde. Das Heimatgefühl umschlang die Landsleute, und noch heute fühlt sich der Landsmann zum Landsmann hingezogen, und wenn er in der Fremde die Sprache der Heimat hört, so geht sein Herz auf, so stark ist das Gefühl der Landsmannschaft noch in der Gegenwart, die scheinbar alle Eigenart und Eigentümlichkeit ausmerzt.

Die einzelnen Stämme vereinigten sich später zu einem Volke, und nun trat das Volksbewußtsein, das Nationalgefühl in die Erscheinung. Jeder von uns weiß, welche Bedeutung diese Form des sozialen Bewußtseins für die Gegenwart hat. Wenn wir uns auch einbilden, Weltbürger zu sein, für die die Schlagbäume und Grenzpfähle nicht mehr vorhanden sind, wenn wir

auch manchmal mit dem Internationalismus zu kettieren, so sind wir im Grunde unseres Herzens doch immer noch völkisch gefinnt. Besonders in Zeiten der Gefahr bricht dieses Gefühl mit elementarer Kraft hervor und reißt die Massen mit sich fort. In den Massenkämpfen und in den Weibereien der Völker untereinander so gut wie in dem wirtschaftlichen Kampfe auf dem Weltmarkte spielt die Zugehörigkeit zu einem Volke, aller Internationalität zum Trotz, noch immer eine große Rolle. Und auch in der praktischen Arbeiterbewegung — man denke nur an den Zwist der Nationalitäten in Oesterreich oder an das Verhältnis der einheimischen zu den ausländischen Arbeitern in Deutschland — muß man noch mit dem Nationalbewußtsein rechnen. Die sozialen Bewußtseinsformen früherer Zeiten zittern in uns modernen Menschen nach, und nur solche Menschen, die sich wie entwurzelte Bäume innerlich und äußerlich von ihrer Volksgemeinschaft losgerissen haben, haben kein Verständnis für diesen wichtigen Faktor im Völkereleben. Und mag man in der Theorie noch so sehr auf dem Standpunkte der Internationalität stehen, in der Praxis drängt sich die Nationalität immer wieder in den Vordergrund und beeinflußt unser Tun und Lassen.

**Unternehmertagungen.**

**1. Verband der Stutisfabrikanten Deutschlands.**

In den Tagen vom 8. bis 10. Juni hielten die organisierten Stutisfabrikanten Deutschlands in Nürnberg ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in den geschäftlichen Teil hielt der Scharfmachersekretär Dr. Grabenstedt einen Vortrag über: „Die modernen sozialen Kämpfe im Lichte der Rechtssprechung.“ Die „Kartonnagen-Zeitung“ bringt diesen Vortrag im Wortlaut, so daß man Gelegenheit hat, einen Einblick in den Gedankengang eines Scharfmacherdoktors zu nehmen. Neben einer Reihe langweiliger Banalitäten bringt es dieser auch fertig, der gesunden menschlichen Vernunft in einer Weise Gewalt anzutun, daß man sich nur wundern muß, daß ihm nicht aus den Kreisen seiner Zuhörer allgemeiner Widerspruch entgegenschlägt. Nach der unergründlichen Weisheit dieses Scharfmacherdoktors „sieht sich der Unternehmer bei den Arbeitskämpfen stets als der angegriffene Teil“. Es scheint fast, als wenn der gute Mann die letzten Jahre verschlafen hätte oder als wenn ihm, der er doch ebenfalls mitten im Gewühl der Arbeitskämpfe steht, alle Erscheinungen auf dem wirtschaftlichen Kampfplatz vollständig über den Kopf gewachsen seien, so daß er selbst nicht mehr ein noch aus weiß. Ihm scheint vor allen Dingen unbekannt zu sein, daß ein ganz wesentlicher Teil der Kämpfe um die Lohn- und Arbeitsbedingungen von seinen Mandatgebern, den Unter-

nehmern, angezettelt wurden, daß in den meisten Fällen seine engeren Kollegen, die verschiedensten Scharfmacherdoktoren, die Urheber großer Ausperrungen, die offenen und geheimen Schieber und Schürer des wirtschaftlichen Kampfes gewesen sind, und daß es ein dreistes Stück ist, auch bei solchen Bewegungen die Unternehmer als den angegriffenen Teil hinzustellen. Man weiß zwar, daß es diesen gelehrten Herren auf eine Handvoll Unwahrheiten und schiefen Ansichten nicht ankommt, bedauern aber muß man, daß sich unsere Unternehmer so vollständig in den Bann dieser Leute begeben, die außerdem von dem Beruf keine Klasse Ahnung haben, aber trotzdem mit einer Ungeniertheit über berufliche Fragen urteilen, die erstaunlich ist. Diesen Aposteln des absoluten Herrn-im-Hause-Standpunktes ist es vornehmlich zuzuschreiben, daß sich die Unternehmer in manchmal geradezu wider sinnige Ideen verrinnen und dann nicht mehr vorwärts noch rückwärts können, wie ja die den Unternehmern der Stutisindustrie eingeimpfte Tarifeindrigkeit ein bereitetes Beispiel hierfür ist.

In bezug auf das Streikrecht der Arbeiter entpuppte sich der Scharfmacherdoktor Grabenstedt als ein Jünger des berüchtigten Dr. Alexander Tille, dessen verworrene Ansichten über den „Streik als Erpressung“ wir erst in den Nummern 27 und 28 niedriger hängten. Auch bei ihm ist jeder Streik mit Streikunruhen verknüpft, obwohl er wahrheitsgemäßerweise aus eigener Anschauung auch nicht einen Fall anführen kann, bei dem die Schuld an den eventuellen unliebamen Vorkommnissen den Streikenden zuzuschreiben ist. Das hindert ihn aber nicht, die größten Anwürfe gegen die organisierte Arbeitererschaft zu schleudern. „Wie in den letzten Jahren das Streikpostenstellen ausgeübt worden ist, ist es zu einer Gefahr geworden, nicht nur für die Arbeitswilligen, sondern für die ganze Öffentlichkeit. Es ist heute soweit gekommen, daß das Postenstellen gleichbedeutend ist mit einer Androhung von Gewalttätigkeiten schlimmster Art.“ Mit dieser Behauptung hat der Doktor zum Teil recht: das Streikpostenstellen ist tatsächlich teilweise zu einer Gefahr geworden, aber nicht für den Arbeitswilligen, sondern durch diese unfaubere Gesellschaft. Vielleicht erinnert sich unser Scharfmacherdoktor an die zweifelhaften Gestalten, die in Streikzeiten die Betriebe bevölkert haben, vielleicht denkt er daran, daß man solchem Gesindel, wie es sich da in der Hauptsache zusammenfindet, ganz gern weit aus dem Wege geht und nichts mit ihm zu tun haben will. Vielleicht aber ist es ihm auch nicht ganz unbekannt, daß jene Burtschen, die in vielen Fällen die Sucht- und Arbeitshäuser nicht nur mit dem Kermel gestreift, sondern die in diesen Anstalten gleichsam Stammgäste sind, von den Unternehmern mit Schieb-

prügeln und Gummiröppeln ausgerüstet wurden und daß sie schon manchen braven Arbeiter grundlos über den Haufen schossen und trotzdem unbehelligt blieben, während auf der anderen Seite jeder Säuglinge ins Gefängnis gesteckt wurden, weil deren Mütter Streibroscher als Streibroscher bezeichneten. Nur gewissenlose Burtschen können solche Zustände bedauerlicher sittlicher Degeneration gutheißen und einen solchen Gesallen an ihnen finden, daß sie noch noch ausgeprägteren Klassenurteilen schreien. Unjere gegenwärtigen Rechtszustände sind jetzt schon so haarsträubend, daß eine noch weitere Verschärfung einfach nicht denkbar ist.

Ob das allerdings unsere diversen Scharfmacherdoktoren einsehen, das ist eine andere Frage, denn deren Metier ist ja gar nicht dazu angetan, die Dinge objektiv zu prüfen. Ihre Aufgabe ist es einzig und allein, unwahre Behauptungen gegenüber der Arbeiterbewegung zu erfinden und diese dann als gegebene Tatsachen ihren Auftraggebern vorzulegen, und nicht nur diesen, sondern aller Welt glauben zu machen, daß der organisierte Arbeiter der Ausbund aller Untugenden ist, der sein ganzes Sinnen und Trachten darauf richtet, sich überall und bei jeder Gelegenheit als solcher zu geben. Geizen die Tätigkeit dieser Scharfmacherdoktoren würde weniger eingewendet werden, wenn diese eine ehrlichere, mit den Tatsachen in Einklang stehende wäre. Daß aber unsere Unternehmer bis zu einem großen Teile sich unter den Einfluß dieser Personen stellen und denen damit einen weit größeren Teil ihrer Selbständigkeit opfern, als es bei entsprechendem Entgegenkommen den Arbeitern gegenüber geschähe, das ist der wesentlichste Grund zu einem großen Teil unserer schwersten wirtschaftlichen Kämpfe.

Aus dem Vortrag des Herrn Dr. Grabenstedt können noch mehrere, nicht nur tendenziöse, sondern direkt falsche Ansichten zitiert werden, so z. B. die Beh. Verweigerung von Streikarbeit und der Auslegung des § 123 der Gewerbeordnung. Folgen die Unternehmer seinen Ausführungen in dieser Sache, dann erreichen sie damit nichts anderes, als daß ihnen durch gerichtliche Urteile beiseignt werden wird, daß sie falsch beraten waren. Aber der Herr Doktor kann nicht nur als wütender Scharfmacher gegen die Arbeiter auftreten, er weiß sich auch als enfant terrible aufzuspielen, und zwar sind es die Kartonnagenfabrikanten, die ihn in seinen Ausführungen über Boykottfragen als Schmerzenskind kennen lernen, das ihnen so ganz beiläufig eine klatschende Ohrfeige appliziert. Der Herr Doktor sagte da u. a.: „Un erlaubt wird der Boykott vor allem, wenn der Schaden, den der Gegner erleidet, in einem Mißverhältnis zu dem erstrebten Zweck steht. Der Boykott darf daher nicht zu der völligen wirtschaftlichen Zugrunderichtung des Boykottierten

**Teuer erkauf.**

Von Christl Buhffe.

III.

Kaum war der Arzt fort, so kam der Feldwächter. Er käme in Troosters Namen, sagte er, und wüßte Clebe allein zu sprechen. Der Bauer bedauerte das Unglück tief und wollte es Clebe vergüten. Er wolle ihm als Entschädigung eine prachtvolle junge Färse geben, die wohl 700 Frank wert sei, damit Clebe Abstand nehme von allen weiteren, eventuell gefehlischen Forderungen. Clebe zitterte. Trooster mußte sich also doch voll und ganz verantwortlich fühlen, da er ihm von selbst einen solchen Vorschlag machte. „Die Färse ist 500 Frank wert, aber keine 700,“ sprach er endlich. „Trooster hat sie mir für 500 verkauft.“ „Ich weiß es,“ antwortete der Feldwächter, „aber sie ist mindestens 700 wert. Heute morgen erst hat ihn ein Viehhändler aus dem Dorfe 700 dafür geboten.“ Clebe zögerte. Auf dem Rechtswege würde er vielleicht noch mehr bekommen, aber dann sicher auf die schöne, weiße Kuh verzichten müssen. Er sah sie im Geiste vor sich in ihrer Kraft und Schönheit und konnte die Gedanken nicht davon abwenden. Selbst Bierken vergaß er darüber. „Und ich soll Euch noch besonders bestellen, daß sie bis Ostern auf Troosters Weide getrieben werden kann,“ beehrte sich der Feldwächter hinzuzufügen. Die Verlockung wurde immer verlockender. „Ich will mal die Frau fragen,“ sagte Clebe. Er ließ den Feldwächter allein und kam nach einigen Minuten wieder.

„Die Frau sagt, daß wir uns noch nicht entscheiden können, daß wir noch ein paar Tage warten wollen,“ berichtete er.

„Das ist unrecht,“ meinte der Feldwächter mißbilligend. „Ihr müht Euch sonst mit viel weniger bezahlt halten, und Ihr sät Zwist und Feindschaft.“ „Er soll bis übermorgen warten,“ beschloß Clebe niedergeschlagen, plötzlich wieder an Bierken denkend. „Abermorgen, nach dem Begräbnis, werden wir so oder so bestimmen.“

Zwei Tage später, zur festgesetzten Zeit, kam der Feldwächter wieder. Gedrückt und nachdenklich sah Clebe am Küchenfenster und starrte hinaus. Bierken lag nun in der Erde, in der kleinen Grube, für ewig. Es war etwas von seinem eigenen Leib und Leben, das nun da unten lag, und unsehbar würden nach und nach auch alle anderen folgen: er, seine Frau, seine anderen Kinder.

„Na, habt Ihr noch darüber nachgedacht?“ fragte der eintretende Feldwächter.

„Ja, das hatte er getan, krank gedacht hatte er sich. Der Arzt hatte ihm noch einmal lebhaft geraten, Troosters Vorschlag abzulehnen und die Sache einem Rechtsanwalte zu übergeben. Auch andere hatten ihm diesen Rat erteilt. Aber es ging ihm wider das bessere Gefühl, und er war auch zu unglücklich und mutlos, um sich jetzt noch in Streitigkeiten zu verwickeln. Die schöne Kuh, nach der er sich so lange schon sehnte, war seine einzige Hoffnung, sein einziger Trost, nur sie, nichts weiter.“

Der Feldwächter merkte etwas von seinen widerstrebenden Gefühlen und kam nun mit einem allerletzten, unwiderstehlichen Vorschlag.

„Hört, Clebe, Trooster hat gesagt, daß er sogar die 200 Frank, welche die Kuh mehr wert ist als 500, in bar geben will. Das ist sein letztes Wort. Sind wir nun einig?“

„Jawohl,“ antwortete Clebe plötzlich, gewissermaßen instinktiv, um sich von seinen Zweifeln zu befreien.

Der Feldwächter reichte ihm die Hand. „Nicht so!“ rief er. „Nun kommt nach dem Hof, mit Trooster den Vertrag zu unterzeichnen; er wird Euch das Geld geben, und Ihr könnt die Färse mitnehmen.“

Die Sonntagsglocken läuteten über das stille, fennige Land.

Auf allen Wegen und Pfaden gingen die Leute zur Kirche.

Auf dem stillen Felde war Clebe ganz allein mit seiner Kuh. . . Gestern war der Vertrag geschlossen worden und heute hatte er sie zum ersten Mal auf Troosters Weide geführt.

„Ach, was für eine Freude hätte Bierken an unserer Kuh gehabt,“ seufzte er vor sich hin. Seine Lippen begannen zu zittern und Tränen rollten ihm über die Wangen.

„Ach, Bierken, mein armer, lieber, kleiner Junge, meinen letzten Bent und mein letztes Stück Brot möcht' ich hergeben, wenn ich Dich wieder am Leben sehen könnte!“

Die Verwirklichung seines heißesten Wunsches, der herrlich reine, schöne Tag, das feierliche Glockenläuten, ein später Sommervogel, der hier und da noch sein einfaches Lied sang — alles stimmte ihr tief wehmütig durch den Kontrast mit seiner innigen Trauer um Bierkens Tod.

oder zu einer dauernd schweren Beeinträchtigung seiner Existenzmöglichkeit führen.“ Das stimmt auffallend, und die Leitung des Kartonnagenfabrikantenverbandes mag sich dies merken; diese hat sich bekanntlich schon mehrmals damit gebrüht, daß ihre gut durchgeführte Materialsperrre einzelne Betriebe der Branche zum Erlöschen gebracht habe. „Unerlaubt ist dieser Vorkauf“, belehrt sie der ihr gefinnungsverwandte Scharfmacherdoktor Grabenstedt. — Rebhafene Beifall erntete nach der „Kartonnagen-Zeitung“ der Referent für seine Ausführungen, deren Befolgung den Stuisfabrikanten zum wesentlichsten Teile nichts weiter als einen Haufen unnötigen Ärger bringen werden, für den dann allerdings wohl kaum der unverantwortliche Statgeber, wohl aber die unbotmäßigen Arbeiter oder das „zugunsten des Arbeiters einseitig urteilende Gericht“ die Schuld beigemessen erhalten wird. Man hat ja hierfür so unendlich viele Beispiele.

Der Verband der Stuisfabrikanten steht jetzt in seinem sechsten Geschäftsjahr. Nach dem Bericht des Vorsitzenden ist die gewerbliche Lage befriedigend, nur einzelne Orte klagen über schlechten Geschäftsgang, der — wie der Bericht sagt — z. B. in Berlin „durch verschiedene Umstände, hauptsächlich durch verteuerte Fabrikation in Folge überaus hoher Tariflöhne herbeigeführt sein soll“. Anscheinend ist selbst dem Berichterstatter dieser Grund des angeblich schlechten Geschäftsganges etwas merkwürdig vorgekommen, denn er hat sich nicht dazu aufschwingen können, diese Verschärfung in positiver Form aufzustellen. Es wäre auch Unsinn, die Lohnhöhe, besser die tarifliche geregelten Löhne, für einen schlechten Geschäftsgang verantwortlich machen zu wollen. Wird doch die tarifliche Regelung und Festlegung der Arbeitslöhne nur erstrebt, um Lohnkürzungen während des schlechten Geschäftsganges zu verhindern. Das sollten auch die Stuisfabrikanten nachgerade wissen und deswegen auch die Mitwelt von solchen graufigen Geschichten verschonen, die ihnen doch kein vernünftiger Mensch glaubt. Der Zweck der Übung ist eben ein anderer. Die gedrückte Geschäftslage in Berlin soll die unbegreifliche Scheu der Unternehmer vor Tarifen und tariflicher Regelung der Arbeitsbedingungen wirksam nähren. Wie sich die Stuisfabrikanten mit ihrer Kartoffelndschafft selbst in die Finger schneiden, mußten deren Vorsitzender in seinem Geschäftsbericht selbst zugeben: „In der Preisfrage war eine volle Einigkeit bisher leider nicht zu erzielen.“ Und das, obwohl sich eine Reihe Versammlungen mit dieser Sache beschäftigt hat! Daß durch die Schaffung tariflich geregelter Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lösung der Preisfrage erst der Boden gebnet wird, das wollen und können die Stuisfabrikanten in ihrer Kurzsichtigkeit nicht einsehen. Aber auch selbst wenn es

ihnen gelingen sollte, eine Einigung in der Preisfrage zu erzielen, ohne daß eine tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen vorangeht: Von Westend wird eine auf solche schwankender Basis aufgebaute Lösung der Frage nicht sein. Solange der Arbeitslohn als das einzige bewegliche Objekt von einiger Bedeutung im Produktionsprozeß übrigbleibt, ist der Schmutzkonturrenz nach wie vor Tür und Tor geöffnet und eine Preisregelung würde sich nur als ein Mittel zur Erziehung zur Heuchelei und zur Zerstörung schieblich-friedlicher Uebereinkünfte, als das beste Mittel zur Weiteitigung von Treu und Glauben entpuppen. Wer darum ernstlich eine Befundung des Berufes anstrebt, wenn eine solche mehr ist als nur ein Spiel mit Worten, der muß sich wohl oder übel mit einer Verständigung mit der Arbeiterschaft in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen befrenden. — Im weiteren konstatiert der Bericht eine weitere Mitgliederzunahme, ohne allerdings nähere spezielle Angaben zu machen. In Vertretung des Generalsekretärs Klasse, der bekanntlich die Geschäfte des Verbandes führt, berichtete der Vorsitzende über den Arbeitsnachweis und über die Streitentscheidungskasse. Auch hierüber bringt der Bericht der „Kartonnagen-Zeitung“, dem wir im wesentlichen folgen, keine näheren Einzelheiten, wahrscheinlich nicht, weil solche ob der mangelnden Bedeutung dieser beiden Gegenstände nicht zu machen sind. Die Neuwahl des Vorstandes zeitigte eine Aenderung, indem der bisherige Vorsitzende, Herr Gottschald-Leipzig, eine Wiederwahl ablehnte. An seine Stelle trat Herr Schneider-Eisenberg. Zum 2. Vorsitzenden wurde Herr Gottschald-Leipzig gewählt. Den Vorstand vervollständigen die Herren Zeh jun.-Hanau, Schneider-Matheson, Markwardt-Bahr, Gestefeld-Hanau, Generalsekretär Klasse-Berlin und der Vorsitzende der Pforzheimer Ortsgruppe. Nachdem wurden noch einige Kommissionen gewählt, so eine Preiskommission, eine Vertrauenskommission und eine Kommission zur Behandlung der Zollfragen, sowie 5 Abgeordnete für die deutsche Streikentscheidungskasse für das Jahr 1913 bestimmt. Ein Antrag auf Herausgabe schwarzer Listen über faule Zahlser fand Annahme, dergleichen ein solcher, der eine vermehrte Werbetätigkeit forderte. Von besonderer Wichtigkeit ist noch, daß der angestrebte Kartellvertrag zwischen den verschiedenen Unternehmerverbänden der Papier und Leder verarbeitenden Industrien zum Abschluß gekommen ist. Die nächstjährige Generalversammlung soll in Leipzig stattfinden.

2. Der Verband deutscher Kartonnagenfabrikanten.

Die Generalversammlung des Verbandes deutscher Kartonnagenfabrikanten fand am 30. Juni in Frankfurt a. M. statt. Dieser Verband ist bekanntlich im März 1908 gegründet worden, er steht demnach im 5. Geschäftsjahr. Auch in dieser Generalversammlung wurde als bemerkenswertestes Ereignis das „mit einer Reihe von Arbeitgeberverbänden der Papier und Leder verarbeitenden Industrie eingegangene Kartellverhältnis“ hingestellt und betont, daß „demnächst dem Kartell noch zwei weitere Verbände beitreten werden“. Man sieht, die Unternehmer verstehen es gut, ihre Interessen zu wahren, viel besser als die Arbeiter, die durch arbeitereindliche Treibereien sich in eine Reihe Sonderorganisationen zersplittern und ihre Kräfte in recht überflüssigen Zwittergewerkschaften vergeuden. — Der Geschäftsbericht bemerkt weiter, daß verschiedene Eingaben an Behörden gemacht werden mußten, so eine an den Oberstaatsanwalt in Düsseldorf, der die Gefängnisarbeit für eine Firma untersagen sollte, weil diese durch Schleuderpreise die Branche schwer schädige. Die Sache ist anscheinend noch nicht erledigt, trotzdem der Oberstaatsanwalt versprach, die Löhne der Gefangenen auf eine angemessene Höhe zu bringen. Das soll natürlich nicht heißen, daß diese für ihre Arbeit eine höhere Entschädigung erhalten, vielmehr wird die Gefängnisstrafe diese „Lohnerschöpfung“ einstreifen. Gestagt wird weiter darüber, daß der Geschäftsstelle trotz wiederholter Aufforderung kein Material zur Bekämpfung resp. Einschränkung der Gefängnisarbeit zugegangen ist. Daß dem so ist, scheint uns nicht weiter verwunderlich: es bestreitet nur die Ansicht, daß man anscheinend die Konkurrenz durch die Gefangenenanstalten — von vorkommenden bedauerlichen Ausnahmefällen abgesehen — zu sehr überjährt. Der Sturm auf gegen diese Konkurrenz scheint sich immer mehr und mehr zu einem Stedenpferd zu entwickeln, das geritten werden muß, unbekümmert davon, ob ein Grund hierzu vorliegt oder nicht. Es ist nämlich zu beachten, daß eine andere große Unternehmervereinigung unseres Berufes, die ebenfalls den Kampf gegen die Gefängnisarbeit auf ihren Fahne geschrieben hat, auch über mangelnde Angaben ihrer Mitglieder über konkrete Fälle unliebsamer Konkurrenz durch die Arbeit der Gefangenen klagen mußte. Wäre dies notwendig, wenn wirklich positives Material so in Hülle und Fülle vorläge, als wie immer behauptet wird?

Die Materialsperrre wurde nach dem Geschäftsbericht „mit Erfolg“ angewandt. „In einem Falle nötigte die Sperre die betreffende Firma, die Konkurrenz ganz einzustellen.“ Soll das soviel heißen, daß durch die Sperre die Firma zum Erlöschen gebracht wurde? Die Bewertung solcher Fälle durch die eigenen Sachwalter findet die Ge-

stiegen, als gehöre er nun zu ihnen, an deren Gehöften er vorüberkam.

„Ach, Herrgott, was für'n schönes Tier,“ rief seine Frau und schlug vor Bewunderung die Hände zusammen.

Ihre Lippen zitterten vor Nührung, und eine ganze Weile stand sie sprachlos und unbeweglich neben den anderen vor der weißen Kuh im Schatten der hohen Bäume. Dann begann sie plötzlich bitter zu weinen und stotterte schluchzend:

„Ach, Herrgott, unser Pierken! Unser Pierken! Unser Pierken!“

Und Clebe, der soviel von der Kuh erzählen wollte, und die Kinder, die mit Aufschreien der Bewunderung um sie herumliefen, weinten mit ihr in Schmerz und Verzweiflung um das arme, tote Pierken.

„Deine Gesundheit, und Du mußt Courage haben,“ sprach der Bauer und reichte ihm ein volles Glas.

„Danke, Bürgermeister,“ sagte Clebe dumpf. Doch als er das Glas zum Munde führte, zitterte seine Hand so, daß er nicht daraus zu trinken vermochte. „Na, na, trink man, 's wird Dir gut tun,“ beruhigte Trooster. „So, noch einen?“

„Nein, nein, dank schön, das steigt mir zu Kopf.“

„Ach was, einer geht schon noch, ich nehm' auch immer zwei.“

Dann rief er plötzlich ohne jeden Uebergang mit bebender Stimme und feierlich, als schwöre er einen Eid:

„Kein Pferderennen mehr im Dorf, solange ich Bürgermeister bin! Nie mehr, nie!“

Ein Schluchzen stieg ihm im Halse auf und wie gefoltert rang er die Hände und Tränen traten ihm in die Augen.

„'s ist Eure Schuld nicht, 's ist niemand's Schuld,“ murmelte Clebe fast unhörbar.

„Nie mehr, nie mehr!“ wiederholte Trooster nachdrücklich. Und von seiner Bewegung überwältigt fiß er ins Haus, die Hände vor das Gesicht gedrückt.

Es tat Clebe wohl, den reichen Bauern weinen zu sehen um sein liebes Pierken; eine weiche Wärme kam ihm ins Herz. Ruhe und Frieden in der Seele, kehrte er heim, wo seine Frau und die Mädchen ungebildet seiner harrten, denn sie hatten die neue Kuh noch nicht gesehen.

Die Kinder kamen ihm entgegengelassen, als er so stolz wie ein Eigentümer neben dem schönen Tier über die Felber schritt, mit einem Gefühl, als sei er nun in der Achtung all dieser reichen Bauern

geboren worden . . .

Im Jahre darauf hatten sie ein schönes, weiß und rot geflecktes Kalb von ihrer Belleke.

Im nächsten Jahre wieder eins.

Und im folgenden Mai verließen sie ihr einsames Häuschen auf der weiten Ebene unter den stolzen Appeln und bezogen ein kleines Bauernhaus, hellgrün gestrichen, mit weiß und blauen Fensterläden und rotem Ziegelbad, mitten in den fetten Gründen, auf welchen die reichen Gehöfte standen.

In der Zwischenzeit war ihnen noch ein Jungchen geboren worden . . .

„Ach, das war nicht nötig, Bürgermeister,“ antwortete Clebe mit mattem Lächeln. „Doch, doch, auf

schäftsleitung an anderer Stelle dieser Nummer der „B.-Z.“. — Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die alten Personen zum größten Teil wiedergewählt, nur an Stelle des Herrn Deisterheld-Gotha übernahm Herr Graupner-Hannover die Kassengeschäfte.

Weiter behandelte die Generalversammlung einige Anträge wegen Preisjchleuderei. Gegen diese soll mit allem Nachdruck vorgegangen werden. — Ein anderer Antrag bezweckte die Auflösung der jetzt bestehenden Unterverbände und Umwandlung des Verbandes von Vereinen in einen solchen von Einzelmitgliedern. Er wurde jedoch zurückgezogen, da man sich von dem jetzigen System der Orts- und Landesverbände mehr agitatorische Kleinarbeit und eine Förderung des kollegialen Verkehrs versprach. — Die Verkaufszunahmen sollen vermittelt und in irgendeiner Form festgelegt werden, damit zutreffendenfalls die Handelskammern und andere Einrichtungen Anhaltspunkte an ihnen haben. Auch die Berechnung von Mustern, Prägestempeln, Lithographien, Verpackungsmaterial usw. wurde gutgeheißen und Zahlungs- und Abzugsfristen einheitlich festgesetzt. — Ein Antrag auf anderweitige Staffelung der Mitgliederbeiträge, durch die die größeren Betriebe stärker zu den allgemeinen Anlässen des Verbandes herangezogen werden sollen, wurde abgelehnt. Ueber einige Anträge „interner Natur“ schweigt sich der Bericht der „Kartonnagen-Zeitung“ aus.

Im Tagungslokal war eine Materialienausstellung arrangiert, bei der die einzelnen Unternehmer aus der Rohstoffbranche ihre Produkte ins Beste Licht zu stellen suchten.

Der Verband badischer Buchbindermeister hielt seine diesjährige Versammlung in Laubach. Die Mitgliederzahl dieses Verbandes stieg von 294 auf 303. Im übrigen bestand die Tagung nach den Berichten in der Tagespresse in einer Anhimmelfung eines nationalliberalen Landtagsabgeordneten sowie des badischen Großherzogs.

Die Vereinigung selbständiger Buchbinder Niederfachsens tagte in Hannover. Auch hier wurde Bemerkenswertes nicht verhandelt.

In einer Versammlung pommerischer und mecklenburgischer Buchbindermeister wurde die Gründung eines Verbandes der Buchbindermeister für beide Mecklenburg eingeleitet.

**Cheobald Völcker †.**

Nach nur kurzem, wenige Tage andauerndem Krankenlager ist am 18. Juli in Berlin Cheobald Völcker im Alter von erst 47 Jahren gestorben. Mit ihm verlieren wir einen Kollegen, der zu jeder Zeit bemüht war, seine Kräfte in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen. Schon Anfangs der neunziger Jahre betätigte er sich in München mit der Förderung der Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft. Völcker gehörte unter anderem auch einige Jahre unserem Verbandsauschuß als Mitglied an zu einer Zeit, als dieser seinen Sitz in Berlin hatte. Die Kellern unserer Kollegen schätzten ihn auch durch seine sonstige Tätigkeit für unseren Verband. Den Jüngeren ist dies weniger bekannt, weil Völcker durch seine Berufsarbeit als Berichterstatter verhindert war, sich in größerem Maße zu betätigen. Und doch war er trotzdem nicht müßig, er diente unserer Bewegung auf seine Art. Er hatte sich eine durchgreifende Kenntnis der nordischen Sprachen angeeignet, und er beherrschte das Schwedische und Norwegische, das Dänische und auch Holländische so absolut, daß er für die deutsche Parteipresse die Uebersetzungen aus diesen Sprachen lieferte. Auch für unsere „Buchbinder-Zeitung“ war er als Uebersetzer tätig, und alle Notizen, die sich mit schwedischen, norwegischen, dänischen und holländischen Angelegenheiten bezafen, entstammten seiner Feder, die wir schmerzlich vermissen werden. Seit anderthalb Jahrzehnten war Völcker als Berichterstatter am „Vorwärts“ tätig — und in vielen Kongressen usw. fungierte er als Uebersetzer.

Eine ruhige, zurückhaltende, darum aber um so sympathischere Natur ist mit ihm aus dem Leben geschieden, eine schwer ausfüllbare Lücke für alle die offen lassend, die direkt mit ihm zu tun hatten. Sein offenes, ehrliches Wesen sichert ihm ein dauerndes Andenken!

**Aus unserem Beruf.**

**Eine Buchdruckerfachschule für Buchbinder.**

wollte der Buchbindermeister C. P. Borchert in Badersleben a. S. einrichten. Es wurde aber keine Fachschule daraus im landläufigen Sinne, sondern nur ein stümperhaftes Gebilde, in dem alle die, die darauf hereinfallen, nur ihr sauer erworbenes Geld loswerden und das nicht zu wenig. Herr Borchert garantiert den berechnlichen Reflektanten eine vollständige Ausbildung in 4 bis 6 Wochen und verlangt dafür die Kleinigkeit von 125 Mk., wofür er außer der Ausbildung auch noch ganze Pension und vollständige Materiallieferung zuzahlt. Ueber die Leistungen dieses Kunsttempels orientiert aus beste der Prospekt selbst, der von Fehlern aller Art nur so wimmelt. Und darauf bildet sich der Allermeldestkel Borchert noch etwas ein, denn er läßt diese Prospekte in die Welt hinausgehen mit dem Vermerk, daß diese absichtlich ohne Korrektur gedruckt seien — um die Leistungen der Schüler zu zeigen. — Wir warnen unsere Kollegen vor diesem Kunststücht, sie werden dort nur ihr Geld los und können nach dem Ausbildungskursus noch weniger wie vorher, denn in der Regel haben sie sich dort den Geschmack an einwandfreier Arbeit vollständig verlorben.

Man schämt sich ordentlich, ein Buchbinder zu sein, wenn man sieht, in welcher gewissenlosen Weise eine gewisse Sorte der Fachpresse solche Zwitwerggestalten nicht nur durch Annahme von großspurigen Inseraten, sondern auch noch im redaktionellen Zeile unterstützt. Allerdings, je größer bei diesem Gelehrter der Inseratenauftrag, um so leichter wiegt das sachliche Gewissen. Sobald nur Geld im Kasten klingelt —

Es scheint, als wenn die Anpreisungen des unternehmungslustigen Buchbindermeisters noch wenig Gegenliebe gefunden haben. Denn obwohl er sich schon seit einem Vierteljahr bemüht, ist uns doch erst ein Kollege mit dem notwendigen Material an die Hand gegangen, um sein Treiben niedriger hängen zu können. Und bei diesem hat schon der Prospekt seine abschreckende Wirkung ausgeübt, der einfach eine platte Beleidigung selbst für das ungeübteste Auge darstellt. Mit dem Prospekt in Händen fällt niemand auf den Schwimbel herein.

**Mag Nagler †.**

In der Nacht zum 18. Juli erlag im Alter von 56 Jahren der Buchbindermeister Kommerzienrat Mag Nagler in München einem schweren unheilbaren Leiden. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der in der Handwerkerorganisation und einst auch speziell im Buchbindergewerbe eine große Rolle gespielt hat. Wenn man ihm einigermaßen gerecht werden will, muß man sein Wirken von verschiedenen Seiten betrachten. Da kommen für uns zunächst seine Beziehungen zu unserer Organisation in Betracht. Vor langen Jahren, als die Organisation der Münchener Buchbinder noch den Titel: Buchbindergehilfenverein führte, hat Nagler nach Ausweis der noch vorhandenen Bücher wiederholt Vorträge bei uns gehalten. Seine stillen Hoffnungen, die er wohl dabei hatte, haben sich aber nicht erfüllt; der Buchbindergehilfenverein schloß sich der großen Armee der Klassenbewußten organisierten Arbeiterschaft an. Nagler, der damals in der Münchener Buchbinderinnung die Stelle des ersten Obermeisters bekleidete, war darüber sehr ergrimmt. In jener Zeit prägte er das vielzitierte Wort: „Die Münchener Buchbindergehilfen sind alle Sozi, soweit sie nicht Anarchisten sind.“ Später gab er seine unfreundliche Haltung auf und bei den beiden letzten Lohnbewegungen hat er als einer der ersten Prinzipale hinter dem Rücken der Innung, die — nun unter der Leitung eines seiner Aufgabs nicht gewachsenen Mannes stehend — sich mit uns nicht einigen wollte, den Tarifvertrag mit uns abgeschlossen. Das letztemal hätte man ihn deshalb beinahe aus der Innung ausgeschlossen. Vor diesem Schicksal bewahrte ihn wohl hauptsächlich der Umstand, daß die Innung nachträglich doch noch auf einen Tarifvertrag einging. — Zu dem Titel eines Kommerzienrates kam er vor längeren Jahren als Vorsitzender des Direktoriums einer Ausstellung in München, bei deren Veranstaltung er jedoch kein besonders bemerkenswertes Organisationsalent bewiesen hat. Die Verleihung des Kommerzienrattitels an ihn hat in den Reihen der anderen Kommerzienräte heftigen Unwillen erregt. Denn sein Geschäft war immer ein Zwergebetrieb und gab jedenfalls nicht Zeugnis von großen kommerziellen Fähigkeiten. Dr. Sigl hat damals in seinem „Bahr. Vaterland“ viel boshafte Witze auf Kosten des neugeborenen Kommerzienrates gemacht. Mag Nagler, der auch Mitglied des Münchener Magistrats war, gehörte der Zentrumsparterie an, und das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet ihn in seinem Nachruf als einen „den konsequenteften reaktionären Durchfallskandidaten“.

Darin ist etwas Wahres. Nagler hätte für sein Leben gern ein Landtags- oder Reichstagsmandat gehabt; aber immer wieder ließ ihn das Zentrum auszuschließen. Vor den letzten Reichstagswahlen wurde er endlich von seiner Partei nach heftigen Auseinandersetzungen in einem sicheren Zentrumswahlkreis aufgestellt. Kurz vor der Wahl legte er aber ganz plötzlich seine Kandidatur nieder, und so war es ihm nicht beschieden, das Ziel seines Ehrgeizes zu erreichen. Zu bemerken ist noch, daß er auch mit der Zentrumsparterie einige Jahre lang in Unfrieden gelebt hat. Dafür wurde er gestraft, indem man ihn bei der gerade stattfindenden Wahl der Magistratsräte übergang. Als er dann wieder zentrumsfremd geworden war, bekam er das Magistratsratsmandat wieder. Nagler war übrigens auch ein gewandter und wirkungsvoller Redner.

**Carifliches aus Berlin.**

In den meisten Buchbindereien Berlins kann über eine unartifizielle Bezahlung im großen und ganzen nicht geklagt werden. Dort, wo überfrichtige Werkführer und Kalkulatoren gelegentlich versuchen, den einzelnen Tarifpositionen Gewalt anzutun, hat man noch immer verstanden, sein Recht zu wahren.

Zu welcher eigenartigen Praktiken jedoch mitunter gegriffen wird, um Arbeiten, deren Herstellungspreis im Tarif genau normiert ist, billiger als die Konkurrenz anfertigen zu können, zeigt ein Vorgang in der Großbuchbinderei von G. Sperling. In genannter Firma werden seit einigen Jahren im Sommer regelmäßig mehrere größere Partien von Kalenderdecken hergestellt. Wegen des Preises einer Partie von 13 000 Kalenderdecken in Leder bestanden schon in vergangenen Jahre Differenzen zwischen der Geschäftsleitung und dem Personal. Die Firma wollte einer vereinfachten Arbeitsmethode wegen, die die Gehilfen anwandten, statt des Tarifpreises von 5 Mk. pro 100, nur 4,25 Mk. zahlen. Die Tarifinhaber, welche angerufen wurden, stellten sich auf den Standpunkt, daß der Tarifpreis von 5 Mk. zu zahlen sei, wenn die Arbeit in der sonst üblichen Weise gemacht werde. In diesem Jahre nun erklärten die Arbeiter auf ihre vereinfachte Arbeitsmethode zu verzichten, sie forderten dafür aber den ihnen zustehenden Preis von 5 Mk. pro 100. Was hat nun der Geschäftsführer Herr Alfred Jenner? Er verlangte die Arbeit für 4,50 Mk. hergestellt. Und als sich die Gehilfen mit Rücksicht auf die anderen Werkführer weigerten, bei denen — nebenbei bemerkt — die gleiche Arbeit jahrelang mit 6 Mk. pro 100 entlohnt wurde, dem nachzukommen, ließ er das zugeführte Material an mehrere kleine „Arbeiter“, bei denen die Verlingausbeuterei oberster Grundsatz ist, verteilen. Nach uns gewordener Mitteilung begehrt er nunmehr für die Arbeit nur 4 Mk. pro 100. Die eigenen Leute jedoch müssen nun schon seit Wochen abwechselnd aussetzen.

Ein solches Verfahren muß geradezu als skandalös bezeichnet werden. Kennt den Herr Jenner nicht die Bestimmung des Tarifs, wonach Heimarbeit nach dem Tarif zu entlohnen ist? Oder ist es keine Heimarbeit, wenn für 13 000 Decken Pappen und Leder zugeschnitten aus dem Hause gegeben wird? Angesichts solcher Dinge muß man sich doch einmal die Frage vorlegen, ob solches Beginnen geeignet ist, das bisher noch einigermaßen gute Verhältnis zwischen Geschäftsleitung und Arbeiterschaft zu fördern oder zu erhalten. Wir glauben das nicht. Es könnten im Gegenteil aus solcher Handlungsweise dem Herrn Jenner einmal erhebliche Schwierigkeiten erwachsen. Wenn nun z. B. im Herbst, wo gerade bei der Firma Sperling Ueberstunden bis in die halbe Nacht hinein verlangt werden, die Arbeiter sich der ohne Zweifel recht unschönen Handlungsweise des Herrn Jenner erinnern und ihm die Antwort wird, er möge die „Kalenderdeckenarbeiter“ hierzu verwenden?

Ja, ja, Herr Jenner! Ein altes Sprichwort sagt: „Druck erzeuget Gegenruck.“ Oder aber, „Wie man in den Wald hinein ruft, schallt es wieder heraus.“

Das eine sei gesagt, wir werden uns auf keinen Fall ein zweites Mal so etwas gefallen lassen. Kein Mensch wird es uns weargen können, wenn wir uns in solchen Fällen zur Wehr setzen.

Eine Anfrage aber, und zwar an die Hauptgeschäftsleitung in Leipzig, möchten wir uns erlauben. Was sagt Herr Sperling zu dem Vorgehen seines Berliner Filialleiters??

**Ein anderer Fall.**

Eine für die in den Berliner Buchdruckerien beschäftigten Kollegen interessante Entscheidung fällt kürzlich das Berliner Gewerbegericht. Der Kollege L. klagte gegen die Buchdruckeri G. Schmidt, Magdalenstraße, auf Zahlung von 17 Mk. restlichen Lohn, und zwar für den ersten und zweiten

Weihnachtsfeierabend sowie für den Neujahrstag. Die Streiffrage kam erst jetzt zum Abschluß, weil sämtliche Tarifinstanzen angerufen werden mußten und sich hierbei ganz außergewöhnliche Schwierigkeiten in den Weg stellten.

Der Tatbestand war kurz folgender:

Kollege A. arbeitete bei genannter Firma gegen einen verabredeten Wochenlohn von 34 M. Da nun aber der Kläger erst am 15. Dezember in Arbeit getreten war, der Buchdrucker tarifliche Bezüge der Feiertage aber erst dann vorzieht, wenn der Arbeiter mindestens 18 Tage vor dem Feiertag im Geschäft tätig war, so weigerte sich die Firma, diese drei Feiertage zu bezahlen.

Das Tarifschiedsgericht Berlin, das sich zuerst mit der Sache befaßte, entschied: „Es ist die Streitfrage der beiderseitigen Tarifkommission, welche den mit den Berliner Buchdruckereien abgeschlossenen Tarif ausgearbeitet hat, zur Entscheidung vorzulegen.“

Auf einen Antrag unsererseits an den Vorstand des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer auf Einberufung einer gemeinsamen Sitzung erhielten wir jedoch einen ablehnenden Bescheid folgenden Inhalts:

Durch Herrn Erich Eisner erhalten wir Ihre gest. Schreiben vom 9. Februar betreffend Einberufung der Tarifkommission zwecks Regelung der Feiertagsbezahlung. In der angeregten Frage bepressen wir uns Ihnen mitzuteilen, daß entsprechend der tariflichen Regelung der Arbeitszeit, wie sie im ersten Abschnitt (Seite 3 des Tarifs vom 21. Juli 1911) vorgenommen wurde, auch die vollkommene Lösung der Feiertagsbezahlung enthält. Der Hinweis auf den deutschen Buchdrucker tarif bringt zum Ausdruck, daß die in den Buchbinderabteilungen beschäftigten Buchbinder im allgemeinen denselben tariflichen Bestimmungen unterliegen, wie die Buchdruckergehülfen, und daß eine Abweichung nur dann zulässig ist, wenn eine besondere Vereinbarung durch den Tarif vom 21. Juli 1911 vorliegt. Unseres Erachtens erübrigt sich damit eine nochmalige Beratung der Angelegenheit, besonders im Hinblick auf den Passus der Schlußbestimmungen, Seite 11 des Tarifs, wonach die Tarifparteien während der Dauer des Tarifs auf alle Anträge auf Aenderung des Tarifs verzichten, soweit es sich nicht um Festsetzung neuer Akordpositionen handelt, ein Fall, der hier ja nicht vorliegt.

**Schlichtungsvoll  
Verein Berliner Buchdruckereibesitzer.  
(Unterschrift unleserlich.)**

Nach Empfang dieses Schreibens sahen wir uns natürlich gezwungen, das Berliner Gewerbegericht anzurufen, denn mit dem Briefe des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer war die Streitfrage nicht aus der Welt geschafft. Vor dem Gewerbegericht nun machte die beklagte Firma geltend, daß doch noch nicht alle Tarifinstanzen angerufen wären, denn auch das Tarifamt in Leipzig habe mitzuzuschneiden. Auf Empfehlung des Gewerberichters, Herrn Magistratsrat v. Schulz, sahen wir uns dann veranlaßt, auch das Tarifamt noch anzurufen. Das Tarifamt entschied jedoch einstimmig: „Zur Entscheidung in der vorliegenden Streitfrage erklärt sich das Tarifamt für unzulässig.“

Nummehr hatte das Gewerbegericht Berlin das letzte Wort.

Die Entscheidung, die die Kammer 8 unter Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz traf, lautete:

Die Beflagte wird verurteilt, an den Kläger 17 M. (Siebzehn Mark) zu zahlen, und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Die Begründung des Urteils geben wir hier im Abschrift wieder:

„Es war wie gesehen zu erkennen. Im gewerblichen Leben versteht man allgemein unter Wochenlöhnen, ebenso wie unter Monatslöhnen, feste Bezüge, die keinen Schwankungen unterliegen, auch wenn die Arbeitszeit einmal kürzer ist. Das Gegenteil dazu sind Stundenlöhne, bei ihnen wird stets nur die wirklich geleistete Arbeit bezahlt. Hieraus hat sich allmählich die feste Ulfance herausgebildet, daß zunächst bei Monatslöhnen die in die Woche fallenden Feiertage bezahlt wurden. Diese Ulfance hat sich bei sehr vielen, wenn nicht bei den meisten Berufen jetzt auch bezüglich des in Wochenlöhnen stehenden Personals herausgebildet. Sie muß auch für die Buchbinder, insbesondere für die Buchdruckerbuchbinder als bestehend angesehen werden, zumal, da in den Buchdruckereien allgemein den Buchdruckern die in die Woche fallenden Feiertage bezahlt werden. Wenn der Buchdrucker tarif bezüglich derjenigen Buchdrucker, die noch nicht 4 Wochen in ihrer Stellung sind, etwas anderes bestimmt, so ist dies nur eine Ausnahme von der sonst allgemein anerkannten Regel. Sie kann nur da Platz greifen, wo sie ganz ausdrücklich erwähnt wird, dies ist bei den Buchbindern nicht der Fall. Das Gericht ist hiernach zu der Ansicht gelangt, daß dem Kläger die in die Woche

fallenden Feiertage zu bezahlen waren, und daß ihm mithin die hier eingeklagten 17 M. zu Unrecht von dem Lohn gestrichelt sind, die beklagte Firma war daher zur Nachzahlung der 17 M. zu verurteilen.“

Wir haben vorstehende Streitfrage ausführlich geschilbert und damit den Nachweis erbracht, daß die Herren vom Buchdruckereibesitzer-Verein im Unrecht waren, wenn sie glaubten, die im Buchdrucker tarif festgesetzte Beschränkung der Feiertagsbezahlung auch auf unsere Mitglieder anwenden zu können. Der Vorstand des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer aber wird hoffentlich aus diesem Fall die Lehre ziehen, daß es nicht im Interesse seiner Mitglieder gelegen ist, wenn der Gehilfencharakter Weg der Tarifinstanzen kurzerhand versperrt wird und dieselben damit zur Weichheit des ordentlichen Gerichtsweges gezwungen werden.

**Die Tarifkommission.**

**Internationales.**

**Bilder vom Züricher Generalstreik.**

Die Ursachen. Aus den Verbrecherhöhlen der Großstädte werden Zuhälter, Diebe, Stroche usw. nach Zürich geholt und gegen die streikenden Schlosser als Streikbrecher benutzt. Das Gesindel, bekannt unter dem Namen „Hintzgarde“, wird von den Unternehmern mit Revolvern und Dolchen ausgerüstet und fährt per Auto auf Kosten der Unternehmer in die Arbeiterviertel, um dort zu provozieren. Mehrere Unbeteiligte werden von den Revolverhelden angeschossen! Die Polizei aber sperrt die Streiker ein, die sich gegen diese Bande zur Wehr setzen! Und da man versucht die Streikbrecher aufzuklären, verbietet auf Befehl der Regierung der Stadtrat das Streikpostenstehen! Das schlägt dem Fuß den Boden aus. Wie aus einem Munde tönt's: Nun ist's genug! — — —

Die Vorbereitungen. Der Vorstand der Arbeiterunion beruft binnen 24 Stunden die Delegierten und Vorstände der Gewerkschaften zusammen: Es muß etwas geschehen! Wir dürfen uns nicht willenlos alles gefallen lassen. Die Regierung weist streikende Arbeiter aus und behütet dafür das Gesindel der Unternehmer. Das ist zuviel für die freie Schweiz! Deshalb: zum ersten Male ein schärferes Mittel des Protestes gegen die Regierung und ihre kapitalistischen Auftraggeber. Ein 24stündiger Generalstreik. Sofort werden für den anderen Abend die Gewerkschaften zusammengerufen; sie stimmen einstimmig zu. Begeistert, aufgeregt, erbittert. Endlich einmal die Zähne zeigen dürfen, das löst Befriedigung aus.

Die Proklamation. Wieder ein Tag später Sitzung der Delegierten. Keine Debatte ist mehr nötig. Von 7000, die abgestimmt haben, haben 6200 für den Generalstreik gestimmt, die politischen Führer dagegen. Unten auf der Straße warten in später Abendstunde gegen 4000 Arbeiter auf das Resultat. Geheime Abstimmung: Die große Mehrheit der 425 Delegierten beschließt, in den Generalstreik, den allerersten in der Schweiz, einzutreten. Flugblätter, die bereits gedruckt waren, werden in der Stadt verbreitet. Oben im Saale wird weiterberaten, wie der Protest durchgeführt werden soll. Ordner werden bestellt, Trommlerkorps mobil gemacht, die Plakate: „Arbeiter, legt heute die Arbeit nieder!“ durch die Stadt tragen. Ankleber werden bestimmt, die solche Plakate an die Straßenecken und die Fabriken kleben, Deputationen werden gewählt, die die Banken usw. zum Schließen ihrer Läden veranlassen müssen usw. Es herrscht eine große Aufregung, aber musterhafte Ruhe und Energie. — — —

Der Anfang. Früh 4 Uhr ziehen Arbeitergruppen, die gar nicht erst schlafen gegangen sind, vor die Depots der Straßenbahnen. Andere besetzen die Betriebswerke der Stadt, die Fabriken, Mühlen, Bauplätze usw. Neugierig schauen die Nachtpolizisten zu. An die Straßenkehrer wird das Flugblatt verteilt, ebenso an die Italiener, die interessiert zu lesen beginnen. Um 5 Uhr kommen die ersten Straßenbahner. Man läßt sie gar nicht erst ins Depot hinein — sie leisten auch gar keinen Widerstand. . . . Ein paar Polizisten stellen sich auf, können aber nichts anfangen. Immer mehr Arbeiter umlagern die Depots. Hier und da versuchen einige christliche Straßenbahner einen Wagen herauszubringen, aber das Publikum schiebt ihn mit aller Seelenruhe in die Halle zurück. Die Polizisten lachen selber mit. Nur in einem Depot will man Gewalt anwenden, aber die Arbeiter legen sich einfach auf die Schienen und die Wagen werden zurückgebracht. — Drinnen aber in der Stadt stehen Hunderte an den Haltestellen und gucken sich die Augen aus, ob denn noch immer kein Tram

kommt. Jetzt ziehen auch die Tamboure durch die Stadt und mancher Speißer wird aus dem Schlaf geweckt. Einige Kolonnen Straßenkehrer werden zurückbefördert. Man tröstet sie: Wir werden dafür sorgen, daß heute die Straßen nicht schmutzig werden. Und dann hält man alle Fuhrwerke, die in die Stadt wollen (es ist zufällig Markttag), draußen zurück. Die Chauffeure waren mit ihren Autos bereits nach Hause gefahren; nur zwei Privatautos, in denen wir von der Presse uns befinden, läßt man durch. Auch die Brotwagen werden zurückgehalten — die Arbeiter hatten sich versorgt und die Bourgeois sollten's mal entbehren. Und die Bierwagen auch. . . .

Der Vormittag. Die Speißer rasen. Der Stadtrat tagt in Permanenz. Ebenso die völlig überrumpelte Regierung. Militär konnte sie keins schicken, denn die Generalstreikler hatten nicht umsonst den Freitag gewählt, wo das Militär zur Übung ausgefahren ist. Fabrikanten schreien nach der Polizei. Die aber antwortet: helft euch selber! Wir können nicht überall sein! — Um 9 Uhr ist eine Riesenversammlung vor dem Volkshaus. Zu Tausenden stehen die Arbeiter dort, kein Fuhrwerk, kein Tram stört sie, keine Polizei läßt sich sehen. Von dem Balkon aus spricht ein deutscher, von einem Wagen aus ein italienischer Redner zu den Massen. Jubelnd wird es applaudiert, das befreiende Wort: „Das Experiment ist glänzend, ist über Erwarten gut gelungen!“ Kinematographen nehmen die Szenen auf. Ein Häuflein Italiener zieht vor eine große Druckerei, um die Buchdrucker für ihren Verrat zu züchtigen. Es werden leider Scheiben eingeworfen, Notsignale ertönen; aus Angst stellen andere Betriebe die Arbeit ein, so die Druckerei der „Züricher Post“. — — —

Der Nachmittag. Am See stellen sich um 1/2 2 Uhr die Feiern zum Umzuge auf. Fahnen werden geholt, Ordner mit roten Armbinden versehen, Deputationen zu den Geschäftsleuten geschickt mit dem Auftrage, die Läden zu schließen. Nur ein Banquier droht mit dem Revolver, alle anderen parieren. All die Tausende von Verkäufern usw. strömen in die Stadt; alles ist auf den Beinen, alle Fenster, Dächer, Balkone sind dicht besetzt. Ueber 8000 Personen sind im Zuge, über 20000 bilden Spalier. Mit Schrecken schauen die Bourgeois auf die Massen: Die also sind heute die Herren der Stadt! Das also sind die Mehreren unseres Reichthums! Sie sind die Unentbehrlichen! Wehe uns, wenn sie uns ihre Kraft einmal länger als nur für 24 Stunden verweigern!!! — Der Zug macht gewaltiges Aufsehen. Der Pulsschlag der Stadt stockt für ein paar Stunden. Dampf erklingen die Trommelwirbel. In den Außenbezirken machen die Fabrikanten, die noch mit einigen Arbeitern geschäftlich, schnell die Bude zu. Sogar die Polizei rät ihnen das: Sonst kommt der Zug hier vorbei und dann. . . . An der Kaserne stehen etwa 200 Milizen, die zufällig soeben vom Gotthard nach Zürich gekommen. Als sie den Zug mit den roten Fahnen erblicken, rufen sie begeistert: Bravo! Und tausendstimmig antwortet ihnen die Menge. Auch im Uniformrock schlägt dem Proletarier das Herz. . . . Nach zwei Stunden kommt der Zug im Stadtpark an. Hier wie überall am Vormittag ertönt das Kommando: Keinen Tropfen Alkohol! Es werden einige tausend leere Gläser geholt und die Brunnen gestirnt. Nicht ein einziges Glas Bier, nicht ein einziges Glas Wein wird getrunken. Trotz glühender Julihitze! Ein Lagerleben beginnt, Reden werden gehalten, die Ruhe und Disziplin der Feiern gelobt. Draußen aber liegt wie tot die sonst so lärmende Großstadt. Tausende von Arbeitern sind schon am Vormittag in die Berge gestiegen, baden im See, angeln, rudern, segeln oder schlafen. . . .

Der Abend. Die Laternenanzünder stehen untätig an den Depots. Sie werden die Stadt im Finstern lassen. Das Elektrizitätswerk hat bereits Schluß gemacht. Plötzlich aber heißt's: Militär wird aufgeboten! Wie ein Lauffeuer pflanzt sich der Ruf fort. Nummehr sind Unruhen zu befürchten. Unter dem Schutz der Nacht werden die Provokateure leichtes Spiel haben. Deshalb: Befehl der Unionsleitung an die Anzünder: Zündet an, damit nichts passiert. Und nun erst erhellt die Stadt Licht. — Um 10 Uhr treten die Gasarbeiter wieder an, denn schon ist Gasmangel zu verzeichnen. Aber die Union diktiert: Um 12 Uhr erst ist der Generalstreik zu Ende. Und die Arbeiter ziehen wieder ab. — Bis hierher war alles in denkbar größter Ruhe vor sich gegangen. Nur ein Polizist war brutal geworden, einzelne Italiener waren entgleist. Sonst nichts. Trotzdem wurde gegen 10 Uhr die Bevölkerung mit dem Militäraufgebot erschreckt. Für den andern

Morgen wurden durch Plakate und Telegramme die Soldaten herbeizitiert. Wozu nur? fragte man. Jetzt, wo alles vorüber ist? Die Antwort hörte man am andern Morgen: Damit die Unternehmer aussperren können! Tatsächlich wurden von den 20 000 Feiernden etwa 11 000 ausgesperrt — unter dem Schutz der Bajonette der freien Schweiz! . . . . Als die Maurer auf die Bauten kamen, wurden sie mit Bajonetten zurückgetrieben. Sie waren arbeitswillig, wurden aber nicht geschützt! . . . .

Am Tage nachher. Die Arbeiter sind wie umgewandelt. Kein einziger läßt sich sehen. Kaum, daß sie von der Aussperrung erfahren, packen sie ihre Rucksäcke und fliegen aus. Schon mittags sind über 1000 auf dem Uetliberg, mehr noch auf dem Zürichberg, Hunderte fahren ins Gebirge, zu Verwandten an die Seeufer, — und das Militär weiß vor Langeweile nicht, was es anfangen soll. Seine Posten stehen sogar in den Gerichtssälen, in den Banken, vor den bestreikten Buden der Schlosser. Ueber 2500 Mann sind da, aber nicht einer hat etwas zu tun. Das Spießertum rast sich in der Presse aus. Mord und Totschlag fordern die wildsten an den Rädelsführern. Die Regierung versucht, zu gehorchen. Sie erläßt ein völliges Streikpostenverbot, ein Verbot aller Ansammlungen, Demonstrationen, Reden unter freiem Himmel usw. Aber die Scharfmacher fordern mehr. Die Regierung läßt über den Kopf der Staatsanwaltschaft einige Führer der Arbeiter entgegen dem Gesetz verhaften. Aber die Bürgerhande will Blut sehen. Die Regierung besetzt deshalb mit 50 Polizisten das Volkshaus, sperrt mit 800 Soldaten die Straßen ringsum ab, sucht in allen Bureaus nach Dokumenten, nach Protokollen, nach den Kassen, Mitgliederlisten usw. Sie ist wütend, daß nichts gefunden wird. In der Presse läßt sie erklären, daß das feige von den Arbeitern sei, alles vorher zu verstecken. „Merkwürdig“, sagt einer der haussuchenden Leutnants, „merkwürdig, daß Sie seit dem 7. Juli gar keine Briefe usw. mehr gekriegt haben!“ „Ja, ja, es ist merkwürdig!“ antworten die Sekretäre. Und schallendes Gelächter hört man von unten herauf, als das bekannt wird. Vor Wut über den Mißerfolg verhaftet man den Unionsvorstand: Lehrer Böschstein als Präsident, Friedensrichter Gibel als Kassierer, Graveurmeister Bertram, Schreiner Schubert, Sekretäre Bock, Schaffroth, Platten usw. und läßt der wilden Bürgermeute mitteilen, daß man die Verhafteten wegen — Aufruhr (!) anklagen werde!! Das Ruhenlassen der Arbeit soll „Aufruhr“ sein! Aber die Arbeiter tun den Herrschaften nicht den Gefallen, sich vor die Bajonette treiben zu lassen. In einem Flugblatt erklären sie: „Den Zeitpunkt, wo wir unsere Haut zu Marke tragen, bestimmen wir selber! Wir sind die Sieger, wir lassen uns durch keinerlei Provokationen um den Siegespreis bringen!“ . . . .

Schluß und Lehren. Nach zweitägiger Aussperrung nehmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf, nach weiteren 24 Stunden wird das Militär zurückgezogen, aber ein anderer Trupp von 1600 Mann „auf Picket gestellt“, d. h. in Bereitschaft gehalten „für alle Fälle“. Die Parteileitung, die Führer der Partei, die sozialdemokratischen Fraktionen des Stadt- und Kantonsrats lassen erklären, daß sie zwar bisher beiseite gestanden, daß sie aber jetzt einig und geschlossen für die Sache eintreten, gegen die Regierung usw. das Nötige unternehmen, die Interessen der Verhafteten, der Auszuweisenden usw. wahrnehmen werden. Jetzt gibt's keine Mißverständnisse mehr unter uns. Jetzt wird gehandelt! Kopf hoch und der rasenden Bestie die Zähne gezeigt! Wir wissen jetzt, wie stark wir sind. Wehe der Meute der Arbeiterfeinde, wenn wir diese Kraft einmal sich austoben lassen! Jetzt wird auch der letzte Unentschlossene zu uns stoßen und wieder einmal wird die Dummheit der Gegner sein „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft“. Der Belagerungszustand ist aufgehoben — die Entschlossenheit der Arbeiter aber bleibt! Schon hat das Parteiblatt in drei Tagen 2000 neue Abonnenten gewonnen, weitere werden folgen. Es leben unsere Freunde, die Feinde! Argus.

Schweiz. An dem so glänzend durchgeführten Züricher Generalstreik war auch unser Bruderverband stark beteiligt. In einer ad hoc zusammenberufenen außerordentlichen Generalversammlung erschienen über 80 Kollegen und Kolleginnen, die sich begeistert für den Generalstreik aussprachen und gegen nur 3 Stimmen beschlossen, mitzumachen. Am Morgen des 12. Juli konnten denn auch über 100 Teilnehmer gemustert werden, darunter sogar eine kleine Anzahl Unor-

ganisierter und Christlicher. Von ihnen wurden gegen 50 ausgesperrt. Ihnen wollte der Vorstand je 3 Frank Unterstützung gewähren. Eine Versammlung der Ausgesperrten lehnte aber die Unterstützung ab mit der Maßgabe, daß man das Geld lieber für spätere, schwerere Kämpfe aufsparen solle. Außerdem wolle man den Prinzipalen beweisen, daß man aus Idealismus Opfer zu bringen in der Lage sei. Der nächste Generalstreik (der nach dem Militäraufgebot sowieso unausbleiblich ist!), werde jedenfalls etwas länger als einen Tag dauern; da gelte es, einen Kampffonds zu haben. Anstatt für die Unterstützung erklärten sich sämtliche Mitglieder für die Erhebung einer Extrasteuer! — Der Vorstand hat nunmehr einen Teil der ersparten Summe den Opfern des Generalstreiks zukommen lassen. — Ein Bravo! unseren Züricher Kollegen!

### Gewerkschaftliche Rundschau.

In seinen jetzt abgeschlossenen Gewerkschaftlichen Rückblicken, in denen das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ die Entwicklung der einzelnen Gewerkschaften in aller Kürze streift, kommt dies Blatt zu dem Resultat, daß die deutschen freien Gewerkschaften im Jahre 1911 um 272 000 Mitglieder zugenommen haben. „Mit Ausnahme der Jahre 1905 und 1906 hat noch kein Jahr eine so hohe Zunahme aufzuweisen. In den zwei genannten Jahren betrug die Zunahme von Jahreszählung zu Jahreszählung wie folgt: 1905: 316 084; 1906: 369 990. Die Jahre 1907 und 1909 brachten Zunahmen von 73 853 resp. 94 605, also weniger als 100 000 jährlich, während das Jahr 1908 infolge der Krise eine Stagnation aufweist. 1910 und 1911 haben dagegen die jährliche Zunahme von über 200 000 gebracht, 1910: 235 453 und 1911: 271 997. Mit dem Einsetzen der besseren Konjunktur sind also auch die organisierten Erfolge entsprechend größere geworden. Wenn die Zunahme 1911 nicht die von 1905/06 erreichte, so liegt das daran, daß in den beiden letztgenannten Jahren eine Hochkonjunktur von seltener Stärke den Arbeitsmarkt besetzte, während das Jahr 1911 wohl einen lebhaften Geschäftsgang in den meisten Industriezweigen verzeichnen konnte, aber doch keine solche Hochkonjunktur wie in 1905/06 . . . Die Werbefähigkeit unserer Gewerkschaften ist ungeschwächt, mit aufsteigender Konjunktur steigen auch die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften. Diese Feststellung dürfte auch diejenigen in der Arbeiterbewegung erfreuen, die während der letzten Stagnationsperiode befürchteten, eine Aufwärtsbewegung wie vorher würde nicht wieder eintreten. . . .

Daß die Stabilität unserer Organisationen zugenommen hat, wird durch die Tatsache erwiesen, daß dieses Jahr nur vier Organisationen einen Rückgang aufzuweisen, der jedoch nicht erheblich ist. Die Bergarbeiter verloren 3901 Mitglieder, die Kürschner 551, Schiffszimmerer 380 und die Klogographen 27 Mitglieder. Diese Zahlen sind zwar noch nicht endgültig, da sie aber größtenteils den vorliegenden Abrechnungen entnommen sind, dürften Korrekturen kaum zu erwarten sein. Mit Ausnahme dieser vier Verbände haben sämtliche Organisationen einen Aufschwung zu verzeichnen.

Organisatorische Veränderungen traten nur im Baugewerbe ein, wo die Verbände der Bauhilfsarbeiter und Maurer sich zum Industrieverband vereinigten. Diesem dem Deutschen Bauarbeiterverband, sind inzwischen die Isolierer und am 1. Januar des laufenden Jahres die Stukkateure beigetreten. Die großzügigen organisatorischen Erfolge, die der Verband in 1 1/2 Jahren gemacht hat, beweisen am besten die Zweckmäßigkeit der vorgenannten Konzentration der Kräfte.

Auf dem Gebiete der Lohnbewegungen und Kämpfe war das Berichtsjahr in fast allen Industriezweigen äußerst lebhaft. Die Gewerkschaften waren genötigt, alles aufzubieten, um für ihre Mitglieder einen Ausgleich zwischen Lohn und den höheren Lebenshaltungskosten herbeizuführen. Daneben aber ist das intensive Bestreben, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, aufs freudigste zu begrüßen und die in zahlreichen Fällen erzielten Erfolge beweisen, daß die Macht der Gewerkschaften auch in den letzten Jahren erheblich gewachsen ist. Gerade der Arbeitszeitverkürzung setzen die Unternehmer einen weit heftigeren Widerstand entgegen als in vielen Fällen den Lohnerböhrungen. Die Lohnbewegungsstatistik wird ausweisen, daß dieser Widerstand in den meisten Fällen gebrochen werden konnte.

So gehört das Jahr 1911 zu den Jahren, auf die hinsichtlich organisatorischer und materieller Erfolge der Gewerkschaften mit Befriedigung zurückzublicken wird. Aber diese Erfolge müssen anspornen, alle Kräfte aufzubieten, damit unsere Gewerkschaften noch mehr als bisher zu leisten vermögen.

### Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

Österreich:

Boia (Firma Fischer).

Ungarn:

Fiume (die Firmen Kirchhoff, Wert und Bratovich).

Schweiz:

Neuenburg (Firma Delachaux u. Niestlé).  
Zürich. (Eisfabrik W. Zimler.)

Kiel. Vor Arbeitsannahme in Kiel ist beim örtlichen Bevollmächtigten Erfindung nach den bestehenden Verhältnissen einzuziehen.

Burgstädt. Am 10. Juli fanden nochmals Unterverhandlungen der Unternehmer in der Kartonnagenbranche mit der Lohnkommission der Arbeiter statt, die vom Kollegen Pfäke (Chemnitz) geleitet wurden. An Hartnäckigkeit ließen die Arbeitgeber nichts zu wünschen übrig, andererseits stand ihnen aber auch eine festgeschlossene Arbeiterschaft gegenüber, die es fast hat, zu wahren Hungerlöhnen ihre Arbeitskraft ausnutzen zu lassen. Der Buchdruckerbesitzer Swoboda lehnte den Forderungenstandpunkt hervor, er wollte von nichts wissen. Den Buchdrucker tarif hatte er sich zu eigen gemacht und versuchte einige ungünstige Bestimmungen hieraus auf die Buchbinder zu übertragen. Pfäke erklärte ihm in nicht mißzuverstehender Weise, daß Buchdrucker keine Buchbinder sind und der zu schaffende Tarif nicht für Deutschland, sondern für Burgstädt gelten solle. Die bei S. beschäftigten 3 Buchbinder haben 53stündige Arbeitszeit, gleich den Buchdruckern, er will nun aber die Arbeitszeit dem geschlossenen Arbeitsvertrag anpassen, also auf 58 1/2 Stunden festsetzen. Das wurde natürlich für unangenehm erklärt. Die Unternehmer waren nach langen Verhandlungen zu nachfolgenden Zugeständnissen bereit:

Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich ausschließlich der Pausen, 58 1/2 Stunden. An Sonntagen und Vorabenden gesetzlicher Feiertage beträgt dieselbe 8 Stunden, und tritt um 5 Uhr abends Arbeitsruhe ein. Die Mittagspause soll 1 1/2 Stunde betragen. Der Minimalstundenlohn beträgt für Buchbinder, Linierer, Presser und Zuschneider: im 1. Gehilfenjahre pro Stunde 32 Pf. = 18,52 M., im 2. Gehilfenjahre pro Stunde 37 Pf. = 21,64 M., im 3. Gehilfenjahre pro Stunde 40 Pf. = 23,40 M., nach dieser Zeit pro Stunde 42 Pf. = 24,57 M. Für Röhler: im Alter von 17—19 Jahren pro Stunde 28 Pf. = 14,70 M., im Alter von 19—22 Jahren pro Stunde 33 Pf. = 16,50 M., im Alter von 22—25 Jahren pro Stunde 35 Pf. = 17,55 M., nach dieser Zeit pro Stunde 38 Pf. = 19,10 M. Für Anleger: im Alter von 17—19 Jahren pro Stunde 26 Pf. = 13,05 M., im Alter von 19—22 Jahren pro Stunde 31 Pf. = 15,55 M., im Alter von 22—25 Jahren pro Stunde 33 Pf. = 16,50 M., nach dieser Zeit pro Stunde 36 Pf. = 18,10 M.

Für Arbeiterinnen: Angeübte Kartonnagenarbeiterinnen pro Stunde 17 Pf. = 8,55 M., geübte Kartonnagenarbeiterinnen pro Stunde 24 Pf. = 12,00 M., Anlegerinnen und Einfacherinnen pro Stunde 27 Pf. = 13,50 M. Regelmäßige Ueberstunden sind tunlichst zu vermeiden. Bei zwei Ueberstunden tritt eine Pause von einer Viertelstunde, bei mehr als zwei Stunden eine solche von einer halben Stunde ein. Die Pausen sind mit zu bezahlen. Nach geleisteter tariflicher Arbeitszeit sind an Zuschlägen zu zahlen: für männliche an Wochentagen 10 Pf., an Sonnabenden und Vorabenden von Feiertagen sowie Sonntags 20 Pf. Arbeiterinnen an Wochentagen 5 Pf., alle anderen Tage 10 Pf. pro Stunde. Die Tarifdauer soll drei Jahre betragen.

Am 11. Juli hatten sich nun die Arbeiter zusammengefunden, um den angebotenen Tarif zu besprechen. Pfäke schilderte nochmals eingehend alle Vorgänge und legte die Entscheidung in die Hände der Versammlung. Die geheime Abstimmung ergab die Annahme mit 39 gegen 9 Stimmen. Sind die Forderungen auch bedeutend reduziert, so sind die Zugeständnisse doch annehmbar, wenn man die bisher gezahlten Löhne in Betracht zieht. Bei der Firma Reichelt waren die Löhne durchweg an schlechtesten. Deshalb ist hier die Erregung über die Aufbesserungen auch gewaltig. Lange genug haben die Unternehmer systematische Ausbeutung getrieben, bis ihnen dieser Tarif abgezwungen ist. Nach einem kräftigen Appell des Gauleiters gelobten die Versammelten, den Tarif in allen Teilen hochzuhalten.

**Blauen.** Der im Jahre 1910 unter schweren Opfern errungene Tarif ist im Mai abgelauten. Es sei daran erinnert, daß die Blauerer Polizei damals wie heute in ganz parteiischer Weise in unserem Lohnkampf zugunsten der Unternehmer eingriff. Streikpostenfesten war verboten und Strafmandate regnete es nur so. Die Fabrikanten hatten sich der Hingebunden als Klausurheber bedient. Schlechte Erfahrungen, die die Kartonnfabrikanten und Buchbindermeister mit diesem Gefindel machen mußten, scheinen sie zugänglich gemacht zu haben. Es wurde ein neuer Tarifvertrag auf vier Jahre vereinbart, der die Arbeitszeit bis zum 15. Juli 1913 auf 59 Stunden beläßt. Von da ab tritt die 58 stündige Arbeitszeit bis zum Jahre 1915 in Kraft und von diesem Zeitraum an beträgt die Arbeitszeit nur noch 57 Stunden. Die Mindestlöhne wurden um 5-6 Pf. pro Stunde erhöht und Lohnzulagen für die, die den Lohn über bereits mehr haben, von 3 Pf. im Jahre 1912, im Jahre 1914 weitere 2 Pf. und 1915 wieder 1 Pf. zugebilligt.

**Annaberg-Buchholz-Schma.** Die hiesigen Kartonnagenarbeiter haben Forderungen aufgestellt und den Fabrikanten einen Tarifentwurf eingereicht. Gefordert wird: Die Verkürzung der Arbeitszeit von 58 Stunden auf 55 Stunden; für Zuschneider, ständige Mustermacher und Preßbergolber Wochenlohn von 20-26 Mk.; für Kartonnagenarbeiter 35 Pf. bis 45 Pf., für Hilfsarbeiter 30-40 Pf. Eine der Hauptforderungen ist die Besserstellung der Affordarbeiter, und da bei dem ständigen Wechsel der Muster und bei den nach Kaufenden zahlenden Mustern die Ausarbeitung eines Affordtarifes auf große Schwierigkeiten stößt, ist die Regelung nur durch Garantielöhne möglich, oder in Form einer Aufbesserung der äußerst niedrigen Affordpreise zu erreichen, wenn den Arbeitern auf ihren wöchentlich verdienten Lohn ein Zuschlag zugebilligt wird. In den drei Orten kommen nur qualifizierte Arbeitskräfte in Betracht. An den geforderten Löhnen wird man schon erkennen, daß die Erzgebirgler in ihren Forderungen sehr bescheiden sind. Die Arbeiter erreichen trotz der großen Geschäftslage, die ihre Arbeiten verlangen, bei weitem nicht das, was nötig ist. Auf einen Kampf dürften es die Fabrikanten kaum ankommen lassen können, da Kartonnagenarbeiter bei einem Streik als Streikbrecher kaum zu haben sein dürften.

**Leipzig.** Am 12. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Herr Lehrer Schubert über: „Die Feuerbestattung als Kulturfortschritt“ referierte. Die Versammlung war leider recht schwach besucht. An den Vortrag schloß sich eine Diskussion an. Unter „Verstehens“ teilte der Vorsitzende Wachner mit, daß die Ortsverwaltung in letzter Zeit sich eingehend mit der Agitation beschäftigt und beschlossen habe, in nächster Zeit in eine intensive Hausagitation einzutreten. Dazu sei aber die Mithilfe aller Mitglieder notwendig. Die Ortsverwaltung erwartet, daß sich möglichst recht viele unserer Mitglieder der Arbeit unterziehen werden. Auf Wunsch fand eine Diskussion darüber nicht statt.

**Aicherleben.** Am 13. Juli hielten wir unsere leider nur schwach besuchte Generalversammlung ab. Kollege Langkopf gab den Geschäftsbericht, dem zu entnehmen war, daß eine General-, 3 Mitglieder-, eine öffentliche und 7 Werkstattversammlungen stattgefunden haben. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 3 Sitzungen. Außerdem fanden zwei kombinierte Sitzungen zwecks Gründung eines graphischen Kartells statt. Dieser Zweck wurde erreicht. Durch Hausagitation wurden 50 neue Mitglieder dem Verbands zugeführt, der Erfolg konnte gegenüber der großen Anzahl Nichtorganisierter ein noch größerer sein, wenn sich mehr Kollegen in den Dienst der Sache gestellt hätten. Es sollen in nächsten Quartal laut Beschluß des letzten Gantages nochmals Kollegen von außerhalb erjudet werden, an der Hausagitation teilzunehmen. Einige Galberfährer Kollegen haben sich im vorigen Quartal auf dem Gebiete der Hausagitation hier am Orte hervorragend betätigt und gebührt denselben auch an dieser Stelle unser Dank. Im nahegelegenen Proße hat ein großer Teil hier beschäftigter Arbeiterinnen ihren Wohnsitz. Deshalb wurde versucht, dort eine Versammlung abzuhalten, jedoch scheiterte dieselbe an der Unlöslichkeit der betreffenden Arbeiterinnen. Immerhin war es uns möglich, einigen außerhalb wohnenden den Wert der Organisation klar zu machen, und besteht Aussicht, ehtl. mit Hilfe des Gauvorstandes etwas zu erreichen. — Anschließend gab Rauffius Bericht über die Werkstattversammlungen, die zwecks Agitation einberufen waren, gleichzeitig aber auch, um die einzelnen Betriebe in ihrem Aufzuge näher kennen zu lernen. Diefelben hatten ihren Zweck nicht verfehlt. Der Kassenbericht des Kassierers Wibel weist folgende Zahlen auf: Einnahmen der Verbandskasse 516,35 Mk., Aus-

gabe 137,45 Mk., an die Hauptkasse abgesandt 380 Mark, Kofalkasse 199,08 Mk. Einnahme, Ausgabe 66,37 Mk. Dem Kartellbericht war zu entnehmen, daß die Verhandlungen betreffs eines gemeinsamen Sekretariats mit Bernburg und Staßfurt scheiterten. Als Kassenrevisor wurde jedoch die Kollegin Eglholz und ins graphische Kartell die Kollegen Langkopf, Rauffius, Kutsche sowie Kollegin Könnig gewählt.

Hat uns das verfloffene Quartal auch einen Erfolg gebracht, so muß uns dieser um so mehr anspornen, noch viel eifriger für unsere Sache zu wirken. Jedes Mitglied muß rege mitarbeiten und vor allem regelmäßig und pünktlich die Versammlungen besuchen, damit auch wir hier in Aicherleben recht bald ein besseres Dasein erkämpfen.

**Rundschau.**

**Das Recht auf Sterbegeld für ausgefeuerte Krankenaffenmitglieder** ist in den Fällen gegeben, in welchen der Tod innerhalb eines Jahres nach dem Ausfeuern eintritt. Weitere Voraussetzung ist aber, daß der Tod an derselben Krankheit erfolgen muß, wegen der der Versicherte ausgefeuert wurde. Ist z. B. ein Lungenkranke am 7. Juli 1912 ausgefeuert, so ist der Anspruch auf Sterbeunterstützung noch bis zum 6. Juli 1913 gewahrt, wenn er innerhalb dieses Jahres an der Lungenkrankheit stirbt. Bei Selbstmord wird in diesen Fällen nur dann das Sterbegeld bezahlt, wenn dieser in einer durch die Krankheit verursachten Willensunfreiheit geschehen ist. Hierzu zählt aber nicht, wenn der Kranke wegen großer Schmerzen Selbstmord begangen hat.

Die Höhe des gesetzlichen Sterbegeldes muß bei der gesetzlichen Mindestleistung mindestens in Höhe des Wjachen Betrages des durchschnittlichen Tageslohnes gezahlt werden, welches durch Statut der Kasse bis zum 40fachen Betrage desselben Lohnes erhöht werden kann.

Anspruch auf das Sterbegeld hat in erster Reihe derjenige, welcher tatsächlich das Begräbnis besorgt hat. Ein etwaiger Ueberzuschuß ist den hinterbliebenen Ehegatten und in Ermangelung eines solchen den nächsten Erben zu zahlen. Sind auch solche Erben nicht vorhanden, so verbleibt der Ueberzuschuß der Kasse. Sind Beerdigungskosten überhaupt nicht entstanden, sei es, daß der Versicherte verbrannt, ertrunken oder nicht aufgefunden wurde u. ä., so gilt das ganze Sterbegeld als Ueberzuschuß und wird in vorher angegebener Weise ausbezahlt.

Auch für Unfallverletzte, die infolge ihres Unfalls sterben, muß die Krankenkasse das Sterbegeld zahlen; jedoch hat sie in diesem Falle an die Berufsgenossenschaft ein Rückerstattungsrecht, und zwar in Höhe des vor ihr gezahlten Sterbegeldes. Ist dies niedriger als der Betrag, den die Genossenschaft zahlen muß, so wird der überschüssende Teil gleichfalls den Erben ausgezahlt. Ist dagegen der Betrag von der Genossenschaft niedriger, so erhält die Krankenkasse nur diesen vergütet.

**Die Reichsarbeitslosenversicherung.** Im badi-schen Landtag hat der Minister v. Bodman eine Aenderung getan, die verschiedentlich so aufgefaßt wird, als ob die Reichsarbeitslosenversicherung bereits auf dem Marsche wäre. Reichstanzler und Bundesrat sollen sich mit dieser Angelegenheit befassen. Nach der Erfahrungen, die bisher gemacht worden sind, kann dieses „Befassen“ allerdings nur darin bestehen, daß man sich bemüht, neue Ausbeben zu finden, um der wohlgebegründeten Forderung nach einer allgemeinen Reichsarbeitslosenversicherung aus dem Wege zu gehen. Der „Kreuzzeitung“ genügt aber schon jene dunkle Andeutung, um Alarm zu schlagen: „Soll da“, so schreibt sie, „etwa gar im Reiche noch weiter mit sozialpolitischen Problemen experimentiert werden? Wegen eine solche Absicht könnte man gar nicht scharf und entschlossen genug Verwahrung einlegen.“

Die Organe des Junktums zeichnen sich seit je unter den bürgerlichen Blättern durch große Konsequenz aus, und so ist auch die „Kreuzzeitung“ heute noch ganz dieselbe, wie am 11. September vorigen Jahres, da sie ihr sozialpolitisches Programm in folgenden Worten zusammenfaßte:

„Zu diesen politischen und wirtschaftlichen Bedenken (gegen die Arbeitslosenversicherung) gestellt sich noch der moralische Nachteil: das Gefühl und die Gewißheit, daß für alle Lebenslagen vorgesorgt ist, muß ja geradezu den Charakter verderben. Je freier von Sorgen die Arbeiter sind und je mehr freie Zeit sie haben, desto weniger wird die Allgemeinheit einen Nutzen von ihnen haben. Die Arbeiter sollen sich selbst helfen, eingebet des Sages: Spare in der Zeit, so hast du in der Not.“

Jetzt zieht die „Kreuzzeitung“ das Beispiel der Schöneberger Arbeitslosenversicherung heran, um die Verfehltheit nicht nur der allgemeinen Reichs-

arbeitslosenversicherung, sondern aller, auch einzelstaatlicher oder kommunalpolitischer Einrichtungen auf diesem Gebiete zu erweisen. Sie hat nämlich, wie schon andere geistungsberwandte Organe vor ihr, herausgerechnet, daß von den rund 600 im Jahre 1911 von der Schöneberger Arbeitslosenliste unterstühten 504 jeigenerschaftlich organisiert, also „Sozialdemokraten“ gewesen sind. Durch das in Schöneberg eingeführte Genter System würden also, so meint sie, Sozialdemokraten „geradezu gegüchelt“.

Es trifft sich eigenartig, daß die „Kreuzzeitung“ in derselben Nummer, in der sie mit so humanen Argumenten gegen die Arbeitslosenversicherung Sturm läuft, wieder einmal einen Leitartikel veröffentlicht, der sich gegen die drohende Reichsber-schaftsteuer richtet. Aus dieser ließen sich ja bequiem die Mittel gewinnen, um eine Reichsarbeits-lofenkasse zu dotieren — und ließe sich ein im guten Sinne des Wortes „christlicherer“ Plan denken, als den Ueberzuschuß reicher Erben dazu zu verwenden, um in Zeiter der Krise ohne eigenes Verschulden arbeitslos gewordene Volks- und Glaubensgenossen vor der ärgsten Not zu schützen? Solches wahres Christen-tum wäre aber nicht nach dem Geschmack unserer konservativen Junker, und darum will die „Kreuzzeitung“ die Arbeitslosenversicherung nicht und die Erbschaftsteuer erst recht nicht.

**Der Gewerkschaftsstreit im Zentrum.** Troß des dringlich ausgesprochenen päpstlichen Wunsches, daß der Streit aus den öffentlichen Debatten verschwin-den möge, herrscht noch nicht Schweigen, wenn man sich auch müht, die Schärfe zu vermeiden. Di „Köln. Volksztg.“ redet nochmals den interkon-fessionellen Gewerkschaften eifrig das Wort. Sie er-klärt:

„Niemand wird schlechthin und ganz allgemein be-haupten wollen, daß der schwebende Gewerkschaftsstreit eine rein innere Angelegenheit der Katholiken sei. Die christlichen Gewerkschaften haben für or Teil in den bisherigen Rundgebungen die Angelegenheit auch als Sache der Organisation als solcher behandelt. Nicht lediglih die katholischen Mitglieder haben gesprochen, sondern der ganze Vorstand des Gesamtverbandes. Es kann nicht einen Augenblick zweifelhaft sein, daß die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften an der schwebenden Frage in einer Hinsicht — was Erstzug und Fortentwicklung der Organisation angeht — genau so interessiert sind, wie die katholischen Angehörigen der Gewerkschaft. Die christlichen Gewerkschaften haben auch nicht mit Unrecht betont, daß staatliche Interessen mit zur Debatte stehen, wenn über Sein oder Nichtsein der christlich-nationalen Gewerkschaften verhandelt wird, daß die Frage also auch ihre allgemein-politische Seite hat. Auch das ist zutreffend angesichts des eigenständigen Charakters der deutschen Arbeiterbewegung. Daber ist das allgemeine Interesse, das der Streit in der breitesten Öffentlichkeit findet, an sich durchaus verständlich und berechtigt.“

Die „allgemein-politische Seite“, die das Zen-trum an den christlichen Gewerkschaften interessiert, und das angebliche staatliche Interesse an ihnen liegen bekanntlich auf dem Gebiete der Bekämpfung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften. Zu diesem Zwecke sind die christlichen Gewerkschaften ins Leben gerufen, und auf seine Erfüllung legt das Zentrum großen Wert, weil darauf seine einzige Hoffnung beruht, die Klassenbeduhte Arbeiterorgani-sation wenn auch nicht zu vernichten, so doch zu schwächen, und die katholischen Arbeiter von ihr fern-zuhalten. Die klugen Herren im Zentrum wissen aber ganz genau, daß alle Hoffnung darauf sofort auf-hört, wenn man einen konfessionellen Trennungs-trieb zwischen den katholischen und evangelischen Arbeitern zieht, die heute in den christlichen Gewerk-schaften zusammenarbeiten. Darum die scharfe Ab-wehr der konfessionellen Sonderbündeleien der Ver-kin-Trierer Richtung.

Den Damm gegen die freie Arbeiterbewegung werden die christlichen Gewerkschaften freilich auch nicht bilden. Wie läßend ihre zersplitternde Tätig-keit auf die Arbeiterbestrebungen wirkt, haben wir aber leider beim letzten Streik der Ruhrbergleute er-fahren. Den Zentrumskapitalisten liegt darum vor allem daran, die zum Streibruch bereiten christ-lichen Gewerkschaften zu erhalten.

Die gelbe Parade fand am 30. Juni in Offen statt. Nach dem Vorstandsbericht sollen in 115 Ver-einen rund 85 000 Mitglieder vorhanden sein. Die Einnahmen betragen aber nur 5088,55 Mk., welchen eine Ausgabe von 4133,05 Mk. gegenüberstand. Mit dem Beitragszahler standen die Gelben schon von jeher auf gespanntem Fuße. Sie betrachteten auch ihre Organisationspielerei nur im Kriege und Liebes-dienere den Unternehmern gegenüber. Infolge der von christlicher Seite erwachsenen Konkurrenz in der Proklamierung des Streibruchs änderten die Gel-ben die Firma und bezeichnen sich nun „Wirt-

schafftsfriedlich-nationale Arbeiterbewegung".

Der christlichen Gewerkschaftsbewegung wurde für den schwachen Massenstreikbruch beim Bergarbeiterstreik eine Anerkennung ausgesprochen, im übrigen aber über die zunehmende Streiklust der sozialdemokratisch verhetzten Arbeiterschaft gemahnt.

Das Blatt der rheinischen Großbourgeoisie, die „Kölnische Zeitung“, nennt die gelbe Bewegung ein „höherfreudliches Zeichen“ und schrieb über die Tagung:

„Im Kruppssaal des städtischen Saalbaues hatten sich neben den Delegierten der Verbände zahlreiche Gäste eingefunden, Industrielle, Vertreter von Arbeitgeberverbänden, staatlichen und städtischen Behörden. Von Stunde zu Stunde der Verhandlungen machte sich in wachsendem Maße bei allen Gästen der Eindruck geltend, daß in diesen Arbeiterkreisen eine Bewegung von weittragender Bedeutung für unser wirtschaftliches und nationales Leben in wenigen Jahren entstanden ist, von einer Bedeutung, die selbst manche Beobachter, Renner oder Freunde dieser Entwicklung bisher nicht in so hohem Grade geschätzt hatten, als sie es heute nach dem Abschluß dieser Rundgebung tun mußten.“

So treibt der Klassenkampf das Unternehmertum und die Gelben gegenseitig in die Arme zum gemeinsamen Vorgehen gegen die aufwärtsstrebende Arbeiterschaft, die nach mehr Licht und Luft ringt.

Bohottier wurde in Celle von den zuständigen Instanzen die Zwiepad, Waffel- und Katesfabrik von S. Trüller. Mit peinlicher Aufmerksamkeit werden die Beschäftigten überwacht, daß sie ihrer gewerkschaftlichen Organisation nicht angehören. Wehe demjenigen, der sich trotzdem erlaubt, von dem ihm zustehenden gesetzlichen Recht Gebrauch zu machen! Ohne Gnade haben solche die Entlassung zu gewärtigen. Von der zuständigen Organisationsleitung wurde versucht, in dieser Angelegenheit eine Unterbrechung mit dem Fabrikanten herbeizuführen. Sie wurden jedoch abgewiesen. Da der Unternehmer auch Lieferant der Großverkaufsgesellschaft des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist, wurde ein letzter Vermittlungsversuch durch Herrn Generalsekretär Kaufmann unternommen. Jedoch auch dieser scheiterte. Herr Trüller erklärte rundweg, daß er sich nicht zum Sklaven des Verbandes der Bäcker machen lasse, dann verzichtete er lieber auf das ganze Geschäft.

Nachdem nun alle Versuche gescheitert waren, um die Anerkennung des Koalitionsrechtes für die Beschäftigten zu erwirken, befahte sich die organisierte Arbeiterschaft in Celle mit diesen Vorgängen in einer öffentlichen Versammlung. Dort wurde einstimmig beschlossen, bei den zuständigen Gewerkschaftsinstanzen die Verhängung des Bohotts über die Produkte der Firma Trüller zu beantragen. Diesem Gesuchen wurde auch stattgegeben. Die Produkte der Firma Trüller in Celle sind also zurückzuweisen.

**Gewerkschaftsbeiträge und Steuererklärungen.** Die bürgerliche reaktionäre Presse tut fortgesetzt so, als wenn die Arbeiter lediglich ihr Geld wegwerfen, wenn sie Gewerkschaftsbeiträge zahlen. Ein gutes Stück einsichtiger hat sich jetzt das Oberlandesgericht in Düsseldorf gezeigt. Es hat dahin entschieden, daß die Gewerkschaftsbeiträge bei Steuererklärungen abzugsfähig sind. Die Steuerveranlagungskommissionen hatten den Einwand erhoben, daß den einzelnen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern auf den Bezug der festgesetzten Unterstützungen der Organisation kein lagbares Recht zustände. Deshalb hat das Landgericht Düsseldorf den steuerlichen Abzug der Gewerkschaftsbeiträge als unstatthaft bezeichnet. Das Oberlandesgericht dagegen hat anerkannt, welchen großen Wert die Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation für den Arbeiter hat, ja, daß sie für ihn geradezu unentbehrlich sei. Das Gericht entschied:

„Wenn der Vorderrichter bemängelte, daß Verklagter jährlich 52 M. zur Gewerkschaftskasse zahle, was zur Befreiung des Unterhalts nicht erforderlich sei, so wird dabei der Begriff des Unterhalts verkannt. Dieser umfaßt den ganzen Lebensbedarf (§ 1610 des B.G.B.) einschließlich der Ausgaben, die zur Erhaltung einer standesgemäßen Lebensstellung erforderlich sind. Mit Recht weist aber der Verklagte darauf hin, daß er als Buchdrucker, um eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeitsstelle zu erhalten, einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müsse, ganz abgesehen von den finanziellen Vorteilen, die er für den Fall der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität dadurch erlangt, die aber seine Leistungsfähigkeit nicht unmittelbar erhöhen.“

**Abrechnungen**

zum 2. Quartal gingen weiter bis zum 23. Juli bei der Verbandskasse ein: Von Berlin mit 100 M., Frankfurt a. O. 130 M., Mathenow 400 M., Breslau 312,45 M., Posen 100 M., Bremen 500 M., Bremerhaven — M., Gau 8 500 M., Braunschweig 400 M., Hannover 3500,70 M., Halle a. S. 950 M., Jena 175 M., Langensalza — M., Warmen-Gierfeld 1400 M., Düsseldorf 728,16 M., Duisburg-Ruhrort 150 M., Essen 300 M., Hagen 182,45 M., Krefeld 700 M., Gartmannsdorf 140 M., Limbach 493,72 M., Würzen 400 M., Heidelberg 168,06 M., Kandel 79,72 M., Mannheim-Ludwigshafen 750 M., Freiburg 100 M., Karlsruhe 390 M., Konstanz — M., Würzburg 100 M., Gau 17 180 M. und von München mit 2543,20 M. E. Gaueisen.

**Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben!**

Wie sollst Du berichten?

- 1. Berichte schnell! Wenn Du der Redaktion etwas mitzuteilen hast, tue dies sofort. Versammlungsberichte, die erst 10 Tage nach dem Stattfinden der Versammlung eingefandt werden, können keine Aufnahme mehr finden.

- 2. Berichte kurz und bestimmt! Du sparst damit die Zeit des Redakteurs und Deine eigene. Dein Prinzip sei Tatjachen und keine Phrasen. Du darfst nicht schreiben „gestern“ oder „heute“, sondern gib das Datum an.
- 3. Berichte deutlich! Schreibe leserlich, besonders Namen und Ziffern. Verbessere niemals einen Namen oder eine Zahl. Streiche das Falsche durch und schreibe das Richtige daneben oder darüber. Schreibe nicht „Roll.“ oder „Gen.-Verf.“ oder „in der lebh. Disk.“. Schreibe jedes Wort vollständig aus, Du willst ja auch, daß es vollständig gedruckt wird.
- 4. Schreibe mit Tinte und beschreibe nur eine Seite des Papiers. Seidenpapier kannst Du nicht nehmen, auch keinen Xintensstift. Beides schadet der Gesundheit derjenigen, die mit Deinem Bericht arbeiten müssen: des Redakteurs und des Setzers. Schreibe nicht auf Großfolio! Oktavformat verarbeitet sich am besten.
- 5. Gib stets Deinen Namen und Deine Adresse an und, wenn Du zum ersten Male mit der Redaktion in Verbindung trittst, auch Deine Verbandsbuchnummer.
- 6. Alle Deine Berichte müssen vom örtlichen Bevollmächtigten gegengezeichnet oder mit dem Zahlstellenstempel versehen sein, wenn sie Anspruch auf Veröffentlichung machen wollen.
- 7. Du kannst keinen Anspruch auf ungekürzte Aufnahme Deiner Berichte machen, weil dies nicht immer möglich ist und zwingende Rücksichten auf Leser und Raum der Zeitung, auf Behörde, gesetzliche Bestimmungen, die öffentliche Meinung und die Taktik des Verbandes dies verhindern können.
- 8. Setze Dich nicht leichtem Herzens über die vorstehenden Bestimmungen hinweg, sondern beachte sie aufs genaueste! Diese Bestimmungen sind nicht geschaffen, um Dich zu ärgern, sondern sie entspringen der Notwendigkeit, um einen glatten Geschäftsverkehr mit Dir und mit der Druckerei zu ermöglichen.

**Literarisches.**

Am 30. der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek erschien soeben Dr. Jabel: „Die Berufswahl“ mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf. Mit dem vorliegenden Heft nimmt die Arbeiter-Gesundheitsbibliothek eine ihrer vornehmsten Aufgaben in Angriff, eine neue Aufgabe, welche aber von vornherein in ihrem Programm gestanden und stehen mußte: die Berufskrankheiten der Arbeiter, das große Gebiet der speziellen Gewerbehygiene, der Gesundheitschädigungen in den Einzelberufen und der Verhütung dieser Schädigungen in einer für Arbeiter berechneten, wissenschaftlich einwandfreien und doch allgemein verständlichen Weise in Einzelheften zu schildern — eine in der populären Literatur völlig neue Aufgabe!

**ANZEIGEN**

Unserer treuen Kollegin **Elia Ebert** zur Vermählung mit Herrn **Arthur Sabauk** die herzlichsten Glückwünsche. **Zahlstelle Altstadt.**

Dem Kollegen **Karl Ristner** zu seiner Vermählung die besten Glückwünsche. **Zahlstelle Karlstraße.**

**Wegen Todesfall**  
Papier-Geschäft in **Wittenberge** zu verkaufen oder **Laden und Wohnung** allein zum 1. Okt. u. früh. zu vermieten. Für **Buchbinder**, da **Wettstein**, passf. **Miß. L. S. Pachter, Wittenberge, Wz. Potsd.**

Besonderer Umstände wegen ist eine gut eingerichtete **Buchbinderei** in vollem Betrieb, in einer der größten Städte des Ostens, Sitz vieler Behörden und Schulen, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Maschinen und Inventar wie neu. Wert etwa 3500 M. Angebote unter **B. S. 50** an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

**Achtung! Berlin! Buchbinderbranche! Achtung!**  
Som 25. Juli ab finden die Sitzungen der Tariffkommission nicht mehr Donnerstags, sondern jeden **Dienstag, abends von 1/2 7 Uhr** ab, im Lokal von **Baum, Stallschreiberstraße 47**, statt.  
**Die Tariffkommission.**

**Lohnstarif für Buchbinderarbeiten**  
Preis für Mitglieder 1,— M. einschließlich Porto (bei Partiebezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,20 M.  
**Reparat-Auszug für Mädchen-Arbeiten**  
Preis für Mitglieder 50 Pf. einschließlich Porto für Nichtmitglieder 1,10 M.

**OTHWINCKLER**  
  
**Kostenfreier Arbeitsnachweis**  
für Buchbinder  
**O. Th. Winckler, Leipzig**